INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2DM+1DM für's Waffenkonto

AKTIONSWOCHE



Waffen für El Salvador

San Salvador, März '89: Mitglieder der Nationalen Förderation der Salvadorianischen Arbeiter(Innen?) (FENESTRA), besetzen die Straße vor ihrem Büro aus Protest gegen die Repression der Regierung und in Zurückweisung der Präsidentenwahl vom 19. März '89. Moment der Konfrontation zwischen ArbeiterInnen und Heer.

Nr. 87 25. Januar 1990

VORWORT:

Diese Woche kostet unser Blättchen ausnahmsweise 1.-DM mehr - wir werden diese Mark dann direkt ans Waffenkonto für El Salvador weiterreichen. Für westdeutsche Buch- und Infoläden gilt dies nicht, es hindert euch aber niemand, diese Aktion ganz vollautonom aufzugreifen.
In einer der nächsten Wochen wollen wir uns damit befassen, was aus dem Versprecher von Innensenator Pätzold geworden ist, allen ihre Verfassungsschutzakte zugänglich zu machen. Uns sind in den letzten Wochen einige Reaktionen des Amtes auf Anfragen bekannt geworden und wollen diese möglichst vollständig dokumentieren. Deshalb bitten wir euch, uns Kopien der VS-Briefe zu schicken (natürlich ohne Namen, Daten und Aktenzeichen).
Dann sollen wir einige von euch bitten, wenn ihr Post irgendwo abgeben wollt, nicht so laut rumzubrüllen, daß sämtliche zehn Umstehenden mitbekommen, um was es geht. Außerdem gibt's im Postraum nun einen Briefschlitz, durch den ihr gefahrlos einen verschlossenen Umschlag mit deutlicher Adresse durchwerfen könnt.
Und noch eine kurze Mitteilung an die neuentstandenen Infoläden und Infocafe's in der DDR: Falls ihr noch nicht auf anderen Wegen die "Interim" bekommt, braucht ihr nur eure Adresse an uns zu schicken und wir schicken sie euch dann kostenlos zu. Auch westdeutsche Infoläden bekommen sie umsonst - ihr braucht euch also echt keinen Kopf um die Kohle zu machen.

Ansonsten Post, Briefe, Bestellungen (keine Einzelabos, nur Weiterverkäufer ab 5 Exemplaren), Beschwerden, etc. wie immer an: **INTERIM**
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Inhalt:

Seite
3 - 4 Waffen für El Salvador
5 - 7 In Gefahr und höchster Not, bringt der Mittelweg den Tod (II)
8 - 10 Die Geschichte ist keine Konstante, sondern eine Konsonante
11 - 15 Zu den Shell-Aktionen
16 - 17 Volxsport
18 - 19 Redebeitrag auf der Demo gegen Wohnungsnot
20 Hausbesetzung in Neukölln
21 Neues von der B'52
22 - 23 Zur ausgefallenen Knastkundgebung
24 - 28 DDR
29 Aus Gorleben
30 - 33 Prozeßerklärung aus Bielefeld
34 Nachruf auf Herbert W.
35 ProWo
36 - 37 Netzwerk
38 Szene von Heute - Frauen-VV
39 Termine

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

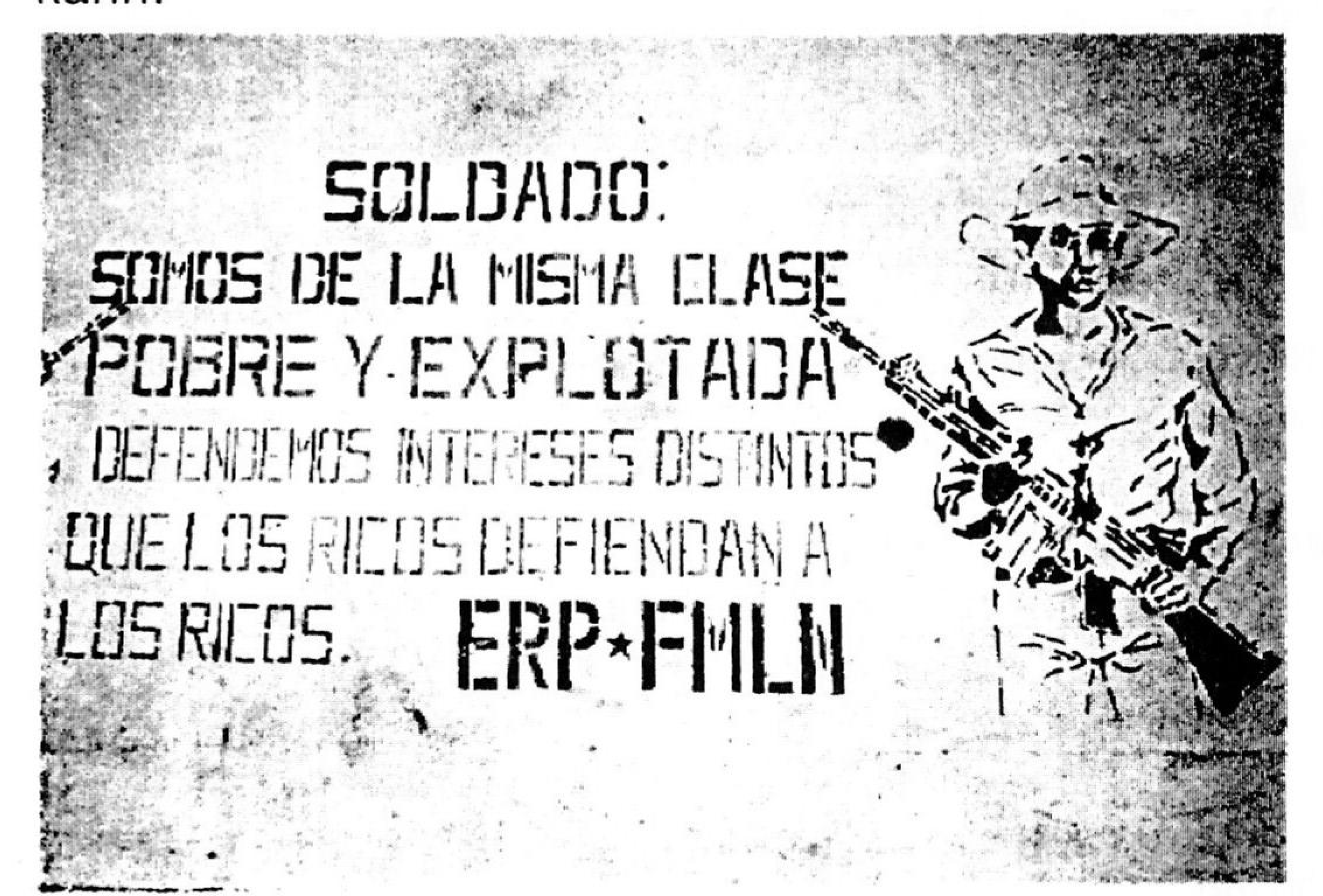
Waffen für El Salvador

Während im real existierenden Sozialismus die Mauern fallen, lassen die US-Strategen Bomben fallen auf die Armenviertel von San Salvador und Panama.

Während die Warschauer Pakt-Staaten das Drängen der USA auf ausländische Intervention in Rumänien ablehnten und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung betonten, schickte das Imperium des Nordens 30.000 Soldaten und zerstörte ein kleines Land wie Panama, um einen einzigen, von ihnen selbst installierten, Militärchef wieder zu beseitigen.

Die gesellschaftlichen Transformationen in Osteuropa werden vom Kapitalismus als Sieg über den Sozialismus gefeiert. Die KämpferInnen für soziale Gerechtigkeit in der sogenannten 3. Welt und exponierte Länder wie Cuba und Nicaragua werden im Rundumschlag zur Kapitulation aufgefordert. Die USA, EG und Japan legitimieren ihre interventionistische Politik nun erst recht mit dem Hinweis auf die Krise des Sozialismus und sprechen den Ausgebeuteten das Recht auf soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ab. Wo dieses Lehrstück nicht akzeptiert wird, wird unter dem Applaus der »demokratischen Öffentlichkeit« das Völkerrecht mit Füßen getreten, wie das Vorgehen gegen die Botschaften Nicaraguas und Cubas in Panama gezeigt hat.

Die Menschen der sogenannten 3. Welt werden durch ökonomische Abhängigkeit und Ausbeutung im sozialen Elend gehalten, damit im Kapitalismus das Recht auf Konsum als »Menschenrecht« verkauft werden kann.

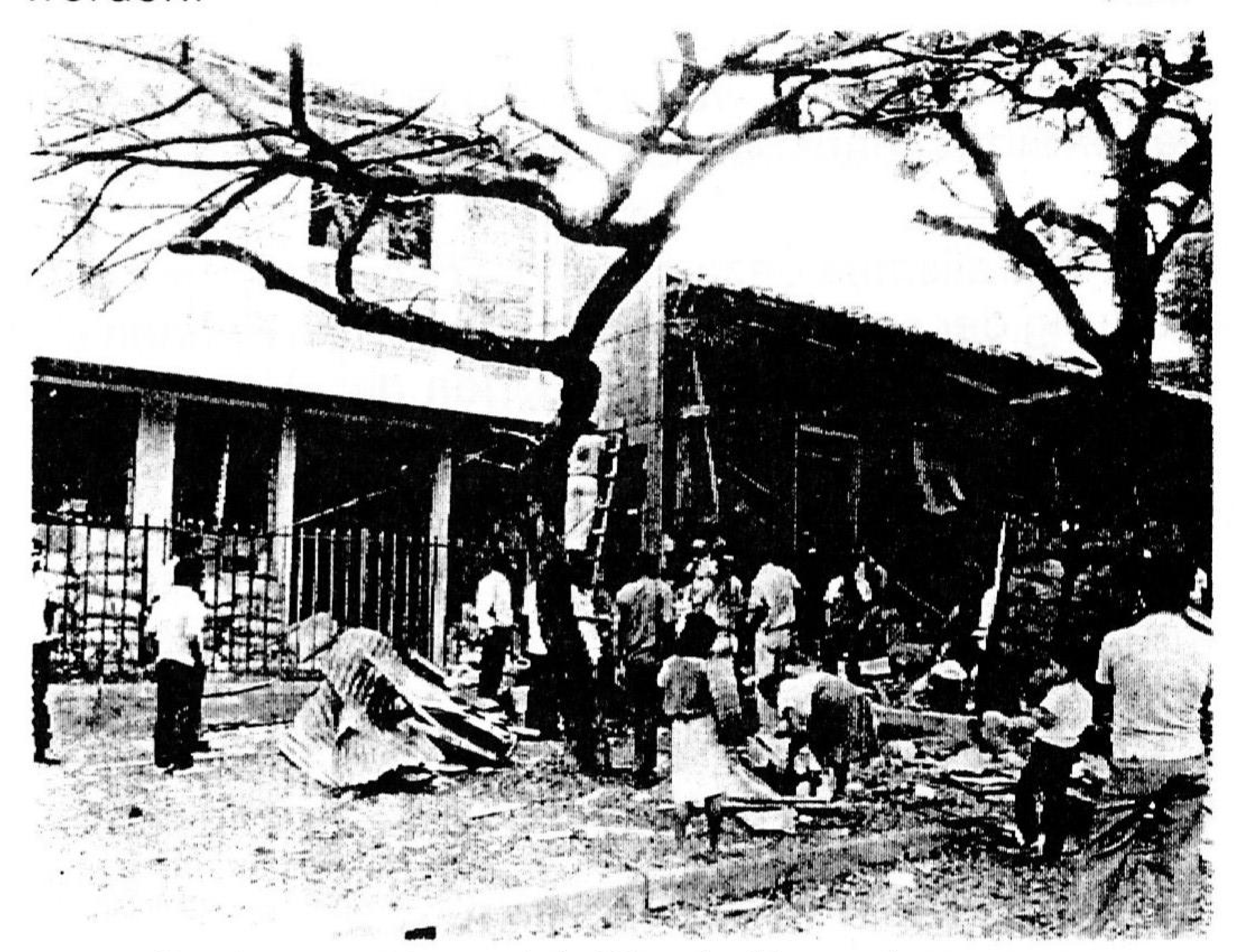


Soldat: -Wir kommen aus der gleichen Armut und Ausbeutung
-Wir kämpfen für verschiedene Interessen
-Die Reichen sollen sich doch selber verteidigen
FMLN

Die Krise des Kapitalismus, wie sie sich in Auslandsverschuldung, Drogenproduktion und Massenverelendung manifestiert, ist vor allem in den Ländern der »3. Welt« offensichtlich. Deshalb entwickeln sich dort Widerstandsformen, die von Hungerrevolten, wie in Venezuela und Argentinien, bis hin zu militärischen Befreiungsbewegungen reichen.

Zentralamerika hat sich zum antiimperialistischen Vietnam Lateinamerikas entwickelt: Seit 10 Jahren verteidigt Nicaragua seine nationale Souveränität- seit 10 Jahren nehmen die Befreiungsbewegungen in Guatemala und Honduras an Stärke zu.

»Das Problem« der Aufstandsbewegung in El Salvador konnte auch mit der auf 3 Milliarden US-Dollar und der auf tausend US-Militärberatern angewachsenen Intervention und 10 Jahren Krieg gegen das Volk nicht gelöst werden.



Bombenanschlag auf ein Büro der Massenbewegung

Im Gegenteil, die jüngste Offensive der Befreiungsfront FMLN ist für die US-Kriegsstrategen so bedrohlich geworden, daß nur noch den US-Piloten die nächtlichen Bombardierungen ganzer Stadtteile mit Phosphor anvertraut wurde, um das Vorrücken der Guerilla in der Hauptstadt San Salvador zu stoppen und die aufständische Zivilbevölkerung zu terrorisieren.

Der faschistische Charakter der ARENA-Regierung El Salvadors ist durch die Kriegsverbrechen, die Verfolgung der Kirchen und Gewerkschaften und die faschistische Gesetzgebung weltweit offensichtlich geworden. Die UNO hat die Cristiani-Regierung wegen dieser Verbrechen verurteilt.

Das US-Projekt in El Salvador, bestehend aus einer Diktatur mit demokratischem Anstrich, die sogenannte Demokratur, ist gescheitert. Es bleibt den USA nur die Wahl zwischen Völkermord und der Einwilligung in Verhandlungen mit der FMLN um einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit.

Nach Panama ist der US-Demokratur alles zuzutrauen. Lateinamerika hat als Antwort auf diese Bedrohung den Begriff des »Lateinamerikanismus« geschaffen, der an die Befreiungskämpfe Simon Bolivars anknüpft. Die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit haben erst begonnen! Das Kapital, das triumphalistisch den Sozialismus unter der Erde sieht und eine ungestrafte Ausbeutung der



Demonstration zur Unterstützung der Verhandlungsangebote der FMLN

Völker am Horizont, wird von den Sprengsätzen im eigenen Herrschaftsbereich erschüttert werden!

Der Kapitalismus bezeichnet die ökonomische Unterwerfung der osteuropäischen Länder als Frieden und setzt gleichzeitig den Krieg gegen die »Verdammten dieser Erde« ungehemmt fort.

Um zu helfen diesen schmutzigen Krieg zu beenden, steht die Kampagne »Waffen für El Salvador« stellvertretend für die Parteinahme für nationale Selbstbestimmung der Völker der »3. Welt«. Sie bedeutet auch eine klare Stellungnahme und Aufforderung zum politischen Handeln hier gegen die Diktatur des Kapitals.

Während das Kapital in El Salvador gegen das Volk

EL SALVADOR LIBRE
SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand

1.12.'88 – 4.134.347,34 DM

6.12.'89 – 4.343.370,61 DM

15.1.'90 – 4.525.646,18 DM

bisherige UnterstützerInnen:
AIB; Arbeiterkampf; Cuba Si; Ides; Ila-Info; Inprekorr; KONKRET; Radio Dreyeckland; Radio Z; Lateinamerika Nachrichten; Blätter des iz3w; Radio 100; Euskadi Information; PROWO

Krieg führt, öffnet es hier in »Deutschland« wieder die Tür zu nationalem Chauvinismus und Revanchismus. »Waffen für El Salvador - Waffen für die FMLN« steht für »Nie wieder Faschismus. No pasaran!«

Westberliner Kollektive, Kneipen und Cafés unterstützen mit einer Aktionswoche die Spendenkampagne »Waffen für El Salvador — Waffen für die FMLN«

Veranstaltungen

Diaserie »El Salvador, ein Volk im Kampf um soziale Befreiung und nationale Unabhängigkeit« wird mehrmals am Abend im Syndikat und im KOB, Potsdamer Str. 157, gezeigt.

Do 25.1. *Kirche unter Feuer* 1989
Syndikat 21 Uhr

Tiempo de Victoria 1988 68 min
KOB 21 und 23 Uhr

Zentralamerika — ein brodelnder Vulkan 1985 60 min
Theo Burger Café, Inst. f. Philosophie, Habelschwerdter Allee 30, 1-33, 18 Uhr

Fr 26.1. *Tiempo de Victoria* 1988, 68 min
Café Cralle, Hochstädter Str. 10a., 1-65

Fotoausstellungen im Café Cralle, Hochstädter Str. 10a, 1-65
Kuckucksei, Wrangelstr. 79, 1-36
Syndikat, Weisestr. 56, 1-44

Alle Filme kosten jeweils 5,- DM Eintritt. In mehreren Kneipen, Läden etc. gibt es Informationsmaterial: Stelltafeln, Faltblätter, Broschüren etc.

Sa 27.1. Veranstaltung um 19 Uhr mit Film, Diskussion, ein Vertreter der FMLN ist anwesend.
Fete ab 22 Uhr **Yorckstr. 59, Hinterhaus, 2. Stock**

IN GEFAHR UND HÖCHSTER NOT BRINGT DER MITTELWEG DEN TOD TEIL 2

Im ersten Teil (Interim 85) haben wir die wichtigsten Punkte unserer Kritik an dem, in der Interim 82 erschienenen Beitrag: "200 Jahre sind nicht genug" formuliert. Wir versuchen jetzt, unseren Ansatz einer Diskussion über Organisierung und Perspektive der revolutionären Linken darzustellen. Auch in den bisher erschienenen Kritiken und Antworten zu dem Papier sind die Fragen, die für eine solche Diskussion nötig sind, nicht genau und grundsätzlich genug gestellt worden:

Wie kann der Anspruch, antipatriarchal zu kämpfen, verwirklicht werden?
Welche Möglichkeiten für eine militante revolutionäre Organisierungsform gibt es?

Also die Suche nach einem Konzept, das nicht auf Teilbereiche wie Häuserkampf reduzierbar ist, sondern das System radikal bekämpft.

Ein Konzept, das als Perspektive "SIEG ODER TOD" in Anspruch nimmt, "eine Parole, ohne die bis heute keine sozialrevolutionäre Bewegung von historischer Sprengkraft zustande gekommen ist". (K.H. Roth, Die historische Bedeutung der RAF)
Perspektive Sieg als einzige Möglichkeit, Kontinuität, Spaß und Entschlossenheit zu gewährleisten, die für einen erfolgreichen Kampf nötig sind. Dazu bietet auch der Beitrag in der Interim 86 "Kollektivität als konkrete Utopie" einigen Zündstoff.

****

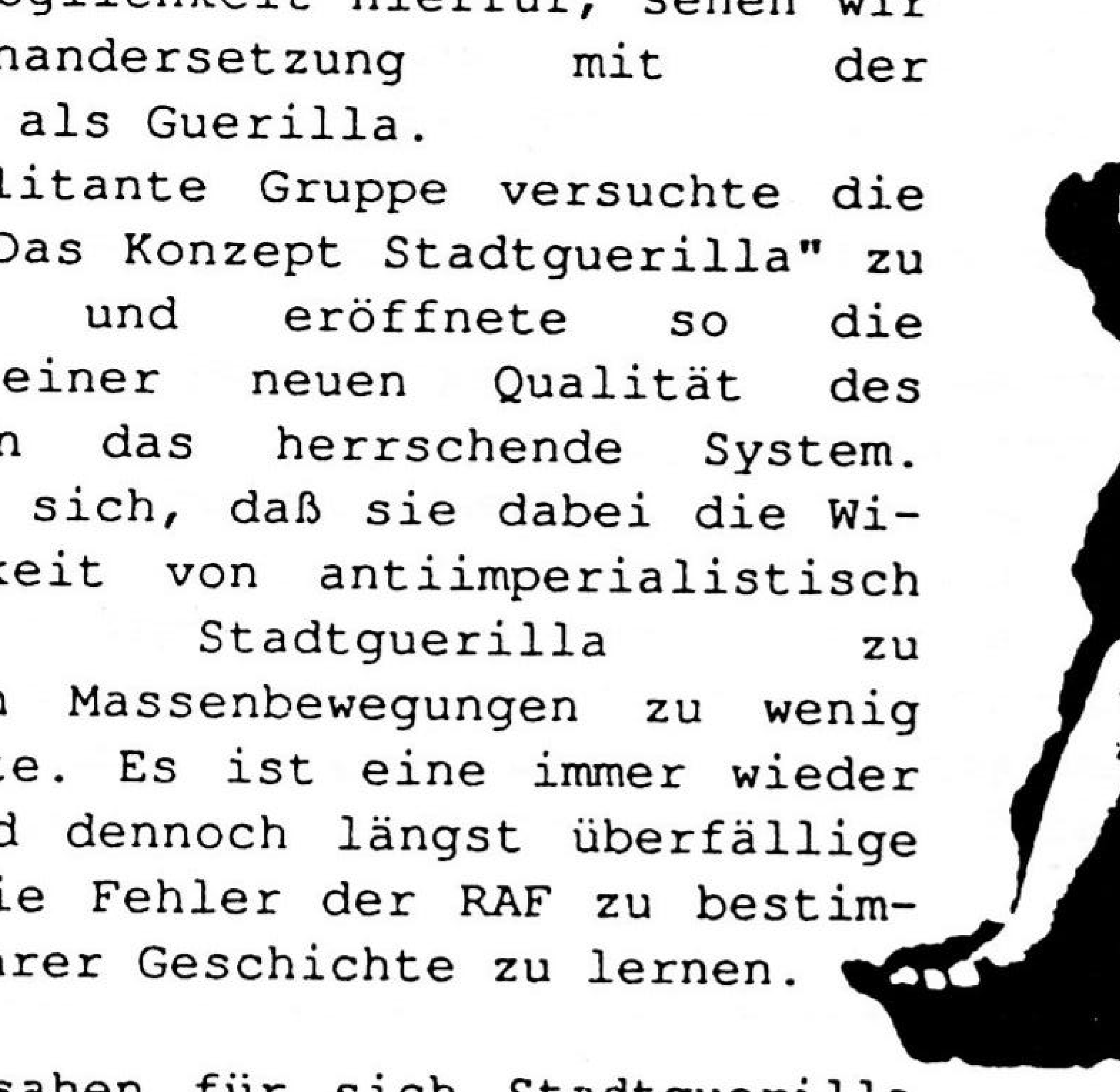
Zu der ersten und zweifelsfrei wichtigsten Frage: Antipatriarchaler Kampf darf nicht bei dem Erkennen patriarchaler Verhaltensweisen und deren möglicher Veränderung bei einigen Männern stehenbleiben. Patriarchat ist ein gesellschaftliches weltweites Gewaltverhältnis, und kann daher nicht individuell bekämpft und verändert werden. Das ist natürlich keine Entschuldigung für eine mangelnde Auseinandersetzung und Veränderung eigener patriarchaler Verhaltensweisen bei Männern.

Wenn wir von einer notwendigen Orientierung revolutionärer Politik hier an den Kämpfen von Frauen sprechen - eine Forderung von autonomen Frauen - müssen wir uns die Mühe machen, genau nachzudenken und zu differenzieren. Die Unterdrückung schwarzer Frauen im Trikont ist anders als die der Mittelstandsfrau in den Metropolen; die Kämpfe dieser Frauen sind anders als mit Kriterien der metropolitanen Frauenbewegung zu bewerten.
Die Verweigerung und der Widerstand von Frauen in den drei Kontinenten ist ein Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen und einer Gegenmacht, die sich ihr Überleben, ihr Existenzrecht als Frau erkämpft. Daran muß sich weltweit, auch im Kiez, Ghetto oder Bezirk eine revolutionäre Bewegung orientieren.
"Das angeblich gemeinsame (von Frauen und Männern) antiimperialistische Klasseninteresse diente bisher nur immer neu dazu, den Frauenwiderstand in männlich bestimmte Kategorien zurechtzustutzen und damit zu begrenzen, zu unterdrücken, einzuverleiben" Materialien für einen neuen Antiimperialismus 1, Editorial III
Eine Orientierung von revolutionärem Kampf an den Kämpfen der schwarzen Frauen im Trikont bedeutet nicht Unterstützung, sondern muß aus der Erkenntnis heraus erfolgen, daß diese Frauen einen lebendigen unversöhnlichen Widerspruch zum Imperialismus darstellen. Dadurch, daß allein ihre Existenz, ihr Überleben, für den Imperialismus eine Bedrohung ist, stellen ihre Kämpfe, ihr Widerstand seine Existenzberechtigung immer wieder und grundsätzlich in Frage.
Orientierung daran bedeutet nicht, auf die Entwicklung dort zu starren, um Erfahrungen zu gewinnen, die dann vielleicht übernommen werden können, sondern Aufgabe ist es hier Kämpfe, Verweigerungsformen, Widerstand zu organisieren, mit dem Bewußtsein einer herrschaftssprengenden Perspektive. Einer Perspektive, die, auch wenn sie sich ausdrückt im Alltag, in den "kleinen Kämpfen", immer als Ziel die Revolutionierung aller Lebensbereiche überall hat und so auch Antwort auf die "Soziale Frage" ist. Immer von besonderer Notwendigkeit und im Widerspruch dazu wird die autonome Organisierung von Frauen sein.
Solidarität als Kampfbegriff bedeutet eben nicht, Unterstützung für andere, sondern mit Frauen und Männern für ein gemeinsames Ziel - "gegen den patriarchal-imperialistischen Normalzustand" - zu kämpfen. Ob es für Frauen möglich und sinnvoll ist, sich gemeinsam mit Männern zu organisieren, wird auf längere Zeit eine Frage bleiben.

****




Aus Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, folgt deshalb für uns, daß es nicht reicht, "die Organisierung klandestiner Zellen" zu fordern, ohne als Perspektive eine revolutionäre Entwicklung zu diskutieren, die tatsächlich weltweit die Verhältnisse zum Kippen bringen kann. Als einzige Möglichkeit hierfür, sehen wir die Auseinandersetzung mit der Organisierung als Guerilla.
Als erste militante Gruppe versuchte die RAF ab 1970 "Das Konzept Stadtguerilla" zu verwirklichen und eröffnete so die Möglichkeit einer neuen Qualität des Kampfes gegen das herrschende System. Später zeigte sich, daß sie dabei die Widersprüchlichkeit von antiimperialistisch orientierter Stadtguerilla zu metropolitanen Massenbewegungen zu wenig berücksichtigte. Es ist eine immer wieder geforderte und dennoch längst überfällige Diskussion, die Fehler der RAF zu bestimmen, um aus ihrer Geschichte zu lernen.



Auch die RZ sahen für sich Stadtguerilla als Perspektive:
"Stadtguerilla beinhaltet, daß jeder einzelne in dieser Bewegung politisch-militärisch ausgebildet sein muß, selbständig die politischen und technischen Probleme bewaffneter Angriffe zu lösen: daß er im Notfall auch völlig auf sich gestellt weitermacht, eine neue Gruppe aufbaut und Funktionen anderer übernimmt."
Revolutionärer Zorn 3, Mai 77
Das würde heute gerade hinsichtlich der nötigen antipatriarchalen Bestimmung anders formuliert, dennoch war die bewußte Bezugnahme auf Stadtguerilla als Organisierungsform sicher Voraussetzung für das Weiterbestehen und die Entwicklung der RZ.
Die Stadtguerilla in der BRD solidarisch zu kritisieren, um aus ihren Erfahrungen zu lernen und eine revolutionäre Perspektive fur uns zu schaffen, sollte Aufgabe der anfangs geforderten Diskussion sein.
Daß die RZ die Diskussion über Guerilla nicht vorangetrieben hat, sondern bei der Forderung viele revolutionäre Zellen zu bilden stehengeblieben ist, war ein Fehler. Ein Resultat davon ist, daß jetzt, "viele klandestine Zellen" geschaffen werden sollen, ohne die Perspektive genau zu benennen. Was ist Guerilla?.

sterncher

Wir versuchen seit einiger Zeit als Gruppe von Frauen und Männern eine militante Praxis kontinuierlich zu realisieren. Dabei sind wir immer wieder mit folgender Schwierigkeit konfrontiert:

ISOLATION:
Einige Punkte, die Ursache bzw. Ausdruck davon sind:
Eine öffentliche Auseinandersetzung über illegale Organisierung findet nicht statt. Sowohl theoretisch wie praktisch gibt es nach unseren Erfahrungen kaum Kontakt von militanten Gruppen untereinander. Daraus folgt eine fehlende gemeinsame wirksame Logistik. Angefangen bei einem praktischen Erfahrungsaustausch bis hin zum fehlenden Schutz einzelner Genossinnen und Genossen, die von der staatlichen Gewalt gesucht und verfolgt werden; dazu gehört auch die medizinische Versorgung einzelner außerhalb der Krankenversicherung/Kontrolle zu sichern, in der Illegalität Lebende an Diskussionen zu beteiligen, Pässe zu beschaffen, Verstecke zu organisieren etc.







Bis auf wenige Szenezeitschriften gibt es kein ernstzunehmendes Medium für öffentliche Propaganda. Medien wie Radios sind in letzter Zeit vernachlässigt worden.
Erfahrungen können sowohl theoretisch wie praktisch - gerade von Leuten, die schon länger Teil des revolutionären Kampfes sind, nicht vermittelt werden, was bedeutet, daß jede Kleingruppe fast alle technischen und politischen Schwierigkeiten selbst lösen muß, wie auch die politische Diskussion über eine revolutionäre Praxis nur innerhalb der Gruppe stattfinden kann.
Guerilla als Organisationsform würde diese Isolation durchbrechen.
Unsere Vorstellungen gehen dahin, zumindest die Diskussion jetzt zu sichern und eine Vernetzung als Aufgabe für revolutionäre Gruppen genauer anzugehen.
Um den Kampf gegen dieses System aufzunehmen und kontinuierlich weiterzuführen, müssen wir uns der Notwendigkeit und der eigenen Wichtigkeit genauso bewußt sein, wie den Anforderungen und möglicher Rückschläge. Eine zentrale Frage dabei ist "Was ist Repression?" Aber dazu fällt uns auch nicht mehr ein als den RZ.

Die Angriffe auf eine radikale Linke, über einen permanenten Belagerungszustand, neue Antiterrorgesetze und geheimdienstliche Spitzelaktivitäten können nicht gebrochen werden durch den Protest gegen die Aktivitäten des Machtapparates, sondern durch die Verankerung sozialrevolutionärer Politik.

PERSPEKTIVE SIEG ALS ALTERNATIVE ZU INDIVIDUELLER SELBSTAUFGABE

pudeR
Zucker **PUDErzUCKER** **PUDERZUCKER** pudeRZucker

UM NICHT STEHENZUBLEIBEN BEI DER SUCHE NACH PERSPEKTIVEN

NOCH ETWAS ZU

AUTOBIRNEN

Achtung! Unbedingt nötig ist die vorherige Lektüre allgemeiner praktischer Anleitungen, beispielsweise REVOLUTIONÄRER ZORN NR. 5, PRAXIS.
Beim folgenden Text handelt es sich um einen TEILASPEKT, aber aus Teilen setzt sich das große Ganze zusammen.

Am besten eignen sich Rückleuchten von Autos, da sie zwei unabhängig voneinander funktionierende Glühdrähte haben, sodaß bei einem Defekt des einen der andere immer noch funktioniert.
Diese Sorte von Autobirnen hat unten zwei Kontakte. An diese Kontakte muß jeweils ein Kabel gelötet werden. Die beiden Kabel müssen dann verbunden werden, wo es sinnvoll ist, also auch abisolieren, verzinnen und zusammenlöten. ALLE KONTAKTE IMMER GUT ISOLIEREN.
Mit einer Testbatterie muß nun ausprobiert werden, ob die Glühfäden der Birne hellrot glühen. Tun sie es nicht, wurde entweder eine falsche Batterie verwendet, oder es gibt einen Fehler bei der Verkabelung.
Dann wird ein Loch in den oberen Teil der Birne geschnitten, indem mit einem Glasschneider an der Glaskugel entlang geritzt wird und mit einer Rohrzange oder ähnlichem Werkzeug das Glas VORSICHTIG zerbrochen wird. Vorher Klebeband um den unteren Teil der Birne kleben, es verhindert eine Zersplitterung. In das Loch wird ein Zündstoff gefüllt (gut voll füllen). Das Loch verschließt ihr mit einer Haushaltsfrischhaltefolie oder Tesa, nicht mit Isolierband verschließen, die mit Isolierband am unteren Birnenrand befestigt wird.
Die so präparierten Autobirnen können - am besten im Freien - ausprobiert werden. Es ist wichtig, mehrere zu probieren, damit eine fehlerhafte Zündquelle ausgeschlossen ist.
Es sollten auch mehrere, parallel angeschlossen, verwendet werden.
Dann noch mit einem Vielfachmeßgerät auf Durchgang überprüfen - wegen möglicher Fehler - Wackelkontakte ausschließen, und wenn ihr die Autobirnen

dann nicht in einen Brand- oder Sprengsatz steckt, könnt ihr euch an einer hübschen Stichflamme erfreuen.



Warum ein ANTIFA - INFO - TELEFON

692 15 99 - 692 15 99

In den letzten Jahren konnten wir beobachten, daß faschistische und rechtsextreme Gruppen, wie z.B. „NF", „FAP", „DJI", „Republikaner" und „DVU" immer offensiver aufgetreten sind. Dabei wurden besonders vor Schulen Flugblätter und Zeitungen mit faschistischen Inhalt verteilt und es häuften sich brutale Angriffe auf AusländerInnen, AntifaschistInnen, Linke, Schwule u.a.
In dieser Situation wollen wir - unabhängige Antifa- und Asylgruppen - die antifaschistische Informationsarbeit ausbauen und verstärken. Mit dem **ANTIFA-INFO-TELEFON** wollen wir Informationen über faschistische Aktivitäten, Treffen, Übergriffe, etc sammeln und gegenbenenfalls weitergeben.
Wir wissen, daß wir den Widerstand gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus selbst organisieren müssen, denn wir haben immer wieder erlebt, daß dieser Rechtsstaat kein Interesse hat, gegen faschistische Gruppen vorzugehen. Vielmehr produziert das kapitalistische System selbst faschistische Tendenzen, Rassismus und Sexismus. Gerade darüber gelingt es ihm, uns immer wieder zu spalten.
In vielen Fällen können wir belegen, daß sich staatliche Politik und faschistische Aktionen gegenseitig beeinflussen und unterstützen:
- nachdem Politiker 1986 öffentlich über eine sog. „Asylantenschwemme" hetzten, griffen Neonazis die Unterkünfte von Flüchtlingen mit Brandsätzen an!
- Faschoschläger morden und prügeln AusländerInnen und Schwule; auf Polizeirevieren kommt es zu rassistischen und sexistischen Übergriffen – so wurde z.B. auf der Gothaer Wache ein 17-jähriger Ausländer so mißhandelt, daß er heute gelähmt ist!
- Während Nazis „Ausländer Raus" brüllen, erläßt der Staat Zuzugssperren in Neukölln, Tiergarten, Kreuzberg, usw., erläßt Sondergesetze und schiebt Flüchtlinge ab.
- Naziveranstaltungen werden von der Polizei geschützt, während AntifaschistInnen kriminalisiert werden, ihre Wohnungen mit fadenscheinigen Begründungen durchsucht werden usw.

Wenn wir auf Naziprovokationen angemessen reagieren wollen, sind wir auf Eure Unterstützung und Zuarbeit angewiesen. Wir werden Eure Informationen sammeln, weitergeben, ggfs. veröffentlichen und gemeinsame Gegenaktivitäten planen.

Informiert uns also über:

- **faschistische Umtriebe:**
  Wo treffen sich alte und neue Nazis? Wo verteilen sie ihre Propaganda? In welchen Stadtteilen versuchen sie, sich breit zu machen? In welchen Schulen agitieren sie? Wo halten sie ihre Treffen, Übungen, Schulungen, etc. ab? Wo kleben sie Plakate, Aufkleber?
- **Bedrohungen durch Faschos oder Skins:**
  Habt Ihr Bedrohungen, Angriffe von Nazis mitbekommen, oder wart selbst davon betroffen? Wo versuchen sie, Leute in Parks, U-Bahnen, Diskotheken, Kneipen, usw. einzuschüchtern? Habt ihr Anpöbeleien, Angriffe, Drohbriefe und/oder -anrufe gegen AusländerInnen, Flüchtlinge, Frauen- und Lesbenprojekte, usw. mitbekommen oder wart selbst betroffen?
- **rassistische oder sexistische Übergriffe durch Polizei, Vermieter, usw.**

DIE GESCHICHTE IST KEINE KONSTANTE SONDERN EINE KONSUNANTE

I Aaus der Traum

Dies ist nun schon die fünfte Fassung eines Versuchs, dem in den vorangegangenen Versionen von Gegenlesenden viel Kritik + Unverständnis (z.B. "Defaitismus"-Vorwurf, Sprachstil) entgegengeschlagen ist. Wir sind uns noch immer unsicher, ob da auch tatsächlich das steht, was an Gedanken da ist und befürchten, von vielen auch weiterhin nicht verstanden zu werden, denken aber, daß es wirklich Zeit ist, die - nicht nur bei uns - vorhandenen und kursierenden Gedanken und Ängste zu formulieren, was hier heute auch heißt, das Ende (jedenfalls unserer) Kämpfe **in ihrer bisherigen Form** zu konstatieren. Was heißt, dieses Ende als das zu kapieren, was es ist: Niederlage. Niederlage!

Sicher, wir könnten alles weiterlaufen lassen, was (immer isolierter) passiert - es hat ja doch keine gesellschaftliche Relevanz. Unsere Befürchtung, eben doch nicht die zu sein, die, sollte sich etwas bewegen, wüßten, wohin es sich bewegt, gleichzeitig die zu sein, die dafür sorgen, daß sich etwas bewegt, ist zur Gewißheit geworden: Es gibt in der westdeutschen Metropole (gegenwärtig) nicht nur keine vermittelbare revolutionäre Perspektive, während wir, damit zusammenfallend, von einem kapitalistischen Restrukturierungsprojekt des imperialistischen Systems überrollt werden, das so - bis vor kurzem - nicht einmal Programm seiner Profiteure war; nein, die "bewußten Subjekte revolutionärer Politik" scheinen (über diffuse Ängste hinaus) nicht einmal fähig zu sein, das Geschehen(d)e zu analysieren, geschweige denn adäquate Formen des Widerstands dagegen zu finden.

Schlimmer noch: Wir selbst, als Individuen wie als solidarischer politischer Zusammenhang sind akut in unserer Existenz bedroht. Politisch relevant gibt es uns als revolutionäre "Front" bereits nicht mehr. Die von uns (weder besonders ernsthaft noch konsequent) geführten Kämpfe, die (noch) laufen, sind reine (regional begrenzte) Abwehrkämpfe einer romantisierten Vergangenheit.

Vor uns stehen E 92 und die *zumindest* **ökonomisch kurzfristige Wiedervereinigung "Deutschlands"** (in den Grenzen von 1945 mit der Perspektive der Rekolonisierung angrenzender RGW-Staaten).
Nur eins: E 92 ist nicht mehr das Projekt der imperialistischen Staatenkette aus den achtziger Jahren: das alte, immer nur in den Köpfen deutscher Reaktion reale, täuscht seine Materialisierung nicht nur an - das **PROJEKT** (germanisiertes) **MITTELEUROPA**. Dabei sind die alten Nazi-Pläne vom einheitlichen politisch-militärisch-ökonomischen Block unter deutscher Fuchtel der uneingestandene (aber faktische) Ausgangspunkt für den sich jetzt herausbildenden dynamischen Monolith **DEUTSCH-EUROPA** in den Grenzen des Jahres 2000 (wozu noch 1937) unter fürsorglicher Einbeziehung der künftigen Ostgebiete (die Ex-RGW-Staaten) des "Reichs".
Der Neue Faschismus kommt eben nicht in den Knobelbechern und den Braunhemden der Nazis daher, trotz der anhaltenden republikanischen "Nostalgiewelle". Es ist die faschistische Potenz der seit einem Jahrzehnt von neoliberalen Ökonomen propagierten Neuen Politischen Ökonomie, die da mit zarten Schwingversuchen ihrer ungelenken jungen Flügel den von uns so liebkosend "Spätkapitalismus" getauften Zeiten den Atem ausbläst, nur um mächtiger denn je die Weltkugel zu umspannen. Gerade zupaß kommt dem atomwaffengeilen Koloß der "Mitte" die, mit dem Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts einhergehende, erzwungene Abrüstung der Sowjetunion (und teilweise - Umstrukturierung der NATO - der nicht-deutschen europäischen NATO-Staaten).
Was das ganze noch prekärer macht, ist die Einsicht, daß die Rechten nur den Lauf des von der mitteleuropäischen antikommunistischen Intelligenz (z.B. "Lettre International", das Enzenbergersche "Europa!") ausgehobenen Flußbettes ("kulturelle Einheit des Abendlandes vom Atlantik bis zum Ural") begradigen, sprich in ihrem Sinne präzisieren. Diesmal gab's eben Vorreiter, die sich links wähn(t)en, es auch mal waren. Diese, vom "Unrat" des Gesellschaftsverändernden Geläuterten, machen seit Mitte der Achtziger mobil für das, was da geschieht ..., der Vaclav ist einer von ihnen.
Zu begreifen *was* da geschieht - diese Bewußtwerdung, wenigstens diese, braucht es: Mensch, das Pack hat gesiegt!

Unabhängig von der Frage einer Zwangsläufigkeit der Deckungsgleichheit dieser Entwicklung mit der im Bereich des Überbaus/Systems, geht von ihr (zwangsläufig) *zumindest* eine **ordnungspolitische Dynamik** aus. Sie bietet den Rechten ökonomisch - und damit (mindestens mittelbar automatisch) auch politisch - eine **Kompensationsbewegung zum "Verlust der Mitte"** und führt (andersherum gesehen) zur **Verschärfung der objektiven Widersprüche**. Inwiefern das auf eine Umwälzung hinführen könnte, die Frage, die sich breite Teile der Linken vor und nach 1933 voller mechanistischem Optimismus stellten und gleich selber beantworteten, steht unseres Erachtens (erfahrungsgemäß und objektiv) erst an, wenn wir die *andere* mitgestellte Frage offensiv angegangen sind: **wem schadet's unmittelbar? - Uns!** Historisch und aktuell gibt es gewichtige Indizien dafür, daß unsere bisherigen Konzepte für das vorrevolutionäre Leben in unserer spezifischen Metropole sehr schnell und prägnant zerbrochen bzw. ausgetrocknet werden können. Es geht also erstmal um **unser pures Überleben.** Das müssen wir jetzt eher gestern als heute begreifen und damit umzugehen beginnen.
Mit "Defaitismus" hat das **gar nichts** zu tun, insofern

1. niemand uns hindern kann, uns *liebend gerne* positiv überraschen zu lassen,

2. es sich bei den meisten anstehenden Sachen eh um **revolutionäre Grundtugenden** handelt, die wir bisher durch (und zur?) gesellschaftlichen Irrelevanz vernachlässigen zu können glaubten, jetzt aber materialisieren *müssen*,

3. *nach* dieser Materialisierung jeglicher revolutionären Transzendenz freiester Lauf gelassen werden kann,

4. es sich um eine **strategische**, keine inhaltliche **Neubestimmung** handelt, also gerade *nicht* versucht wird, die strategische Diskussion durch inhaltliche Aufweichungen und Verschleierungen zu umschiffen.

II EFEU

Zur Beschreibung einer möglichen Ausgangssituation ist die Reflexion einer Grunddifferenz von entscheidender Bedeutung. Wenn es um unser Überleben geht, heißt das hier implicite, daß es um unser **Überleben als Linke** geht, im doppelten Sinne des Wortes:

1. Als **Menschen linker Gesinnung**, deren körperliche und geistige Unversehrtheit es zu schützen gilt;

2. als **Angehörige einer Linken**, deren Inhalte, Werte und Glaubwürdigkeit es zu erhalten, tradieren und (im schlimmsten Falle) dereinst zu überliefern gilt.

Konkret:
Wie ist die Sicherung solchen Überlebens möglich, woran machen wir die Notwendigkeit/Rechtfertigung einer **"Ebene Flucht-Exil-Untergrund" (EFEU)** fest?

- an der **unmittelbaren** politisch motivierten und gewaltsam durchgeführten **Repression** (welchen Gefahrengrades?)

- an der **Zertrümmerung unseres Lebensgefühles**, unseres Wohlbefindens durch **mittelbare Repression** im ökonomischen und kulturellen Bereich (Sozi/JoberInnen-Schattenwirtschaft, Projekt/Nischenwirtschaft, Subkulturen etc.)?

Welche Voraussetzungen/Bedingungen müssen wir für diese Ebene schaffen, wenn wir sagen, sie ist *nicht* Mythos, ihre Materialisierung ist praktisch voranzutreiben?

Wir haben nur ein Pfand in der Hand: **Wir wissen heute voneinander. Das darf nicht verloren gehen. Wir müssen dieses Wissen pflegen.** Keine Kampfgruppe Nr.998! Kein Traum vom guten Leben im schlechten, im eigenen Kollektivbetrieb (schon heute nur Überwinterungsmöglichkeit). Wir brauchen eine Organisationsstruktur (+ -kultur), die uns nicht individuell untergehen läßt, aber auch nicht (unbedingt) eine sofortige gemeinsame Handlungsebene braucht oder eröffnet. Das Kennen im Leben reicht aus! Muß auch als das akzeptiert werden, das es ist. Dieses Kennen muß aber heißen, von den anderen nicht nur deren faktische Existenz mitzukriegen. Auch nicht nur, sie im Scenezusammenhang zu erleben, sondern **voneinander wissen als Wissen von der materiellen Lebensgrundlage.**

EFEU jetzt heißt, **nach Möglichkeiten zu suchen, diesen allen gemeinsamen und doch extrem individualisierten, in Einsamkeit erlebten und auch erlittenen Schnittpunkt unseres Seins mit dem der anderen, des Systems, so zu gestalten, daß wir es aushalten.** Nicht schon hier resignieren. Vor Angst als die, die wir sind, aufhören zu sein.

Unsere Struktur muß eine der von außen nicht erkennbaren Organisierung sein, die Netz ist, dessen wir sicher sein können, ohne es zu sehen. Wir dürfen es gar nicht sehen, weil es dann die anderen auch mitkriegen. Das ist nicht übertrieben. Wollen wir die Situation als die ernst nehmen, die sie ist, und uns als das, was wir denken und fühlen, ist dies nur das Minimum.

Der Kampf gegen den Neuen Faschismus der totipotenten Postmoderne ist (noch) nicht anders möglich. Wir werden uns gewöhnen müssen an Lebensmuster, die wir - persönlich - nicht kennen, die es als materiellen Zwang noch nicht gibt, den wir aber als psychischen Druck verspüren als Ausgegrenzte, die schon jetzt freiwillig den Mund halten, bevor sie dazu aufgefordert werden. Kann sein, daß Erfahrungen vieles revidieren werden, aber wenn wir vorläufig sicher sein wollen, müssen wir sofort (re)agieren.

Spätestens hieraus ergeben sich perspektivisch Fragen z.B. an Kategorien wie Umfallen oder Verrat, die im voraus schwer definitiv zu beantworten sind. Das heißt aber auch - derartige Bestimmungen und die in den jeweiligen (Gruppen- oder sonstigen) Konstellationen zu ziehenden Konsequenzen können auch nicht mehr in (meist ohnehin eher formelhaften) groben inhaltlichen Bestimmungen gründen. Es geht vielmehr zuerst um eine ganz **neue Verbindlichkeit** (und zwar parallel bzw. quer zu den Gruppenstrukturen), die auf der Offenheit, Wahrhaftigkeit und dem Reflexionsgrafd der (mit) politisch motivierten Beziehungen untereinander, zwischen uns, basiert. **Das umschließt, um der Berechenbarkeit willen, die Kontroversen stehen lassen zu können, Vertrauen und Respekt** (wir müssen hier über zu definierende Grenzen reden) **über Stromlinienförmigkeit zu stellen**, um Handlungsfähigkeit zu wahren und zu optimieren.

Das stärkt bzw. begründet einerseits **Kollektivität** (insofern Grundtugend), wäre aber undialektisch, verschleierten wir, daß die Motivation (Berechenbarkeit, Sicherheit) andererseits eine **funktionalisierende Wirkung** hat ...

III K+K - "Kommerzielle Koordination"

Das Alles muß auch *endlich* den **ökonomischen Bereich** umfassen. Daß die Diskussion um die eigene materielle Lebensgrundlage zwischen vielen von uns ungefähr das Maß an Diskretion genießt, wie detailliert über einzelne Sexualpraktiken zu diskutieren, wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere bisherigen Strukture. Diese Offenheit wäre auch wichtig, um zu erfassen, welchen Sinn ein Engagement im Bereich einer **Kommerziellen Koordination** haben und wie sie wahrgenommen werden könnte.

Materiell sind uns überall Grenzen gesetzt. Und hier stehen Grenzüberschreitungen an. Mit welchen Ursuppen von Unmöglichkeiten sind wir nicht schon konfrontiert worden. So sind häufig unsere Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt. Muß das sein? Wir wissen, daß dem nicht so ist - aber seit Jahren lassen wir uns dazu nicht mehr einfallen als Sprüche.
Wir haben uns jetzt langsam die Sachen rauszuziehen, auf die wir mal werden zurückgreifen müssen, um uns (kollektiv) verhalten zu können -

a) **kämpfen** (können),
b) **flüchten** (können);

das eine Basis des anderen.

K+K jetzt und künftig heißt auch, daß wir eine Form der Mittelvermehrung im Finanziellen finden (müssen), die einerseits praktisches Handeln einzelner ermöglicht, andererseits die erworbenen Mittel langfristig sichert. Die Diskussionen hierüber laufen schon viel zu lange ohne Konkretisierung. Weil nicht klar war, was das heißt - praktisch, geschieht auch nichts zum Aufbau entsprechender Infrastruktur und Logistik.
Wir schlagen dazu durchaus konventionelle Wege vor, für die nach außen einzelne Menschen privat stehen, auch die Beschaffung braucht noch lange nicht zwingend kollektiv zu erfolgen, wenn das Beschaffte auch in eine Art Fond fließen könnte oder - besser - im unmittelbaren Umfeld einer jeden zur Schaffung der genannten Basis verwandt würde. Grenzenloses Agieren, so wie es die einzelnen von uns heute können, **ohne einander zu vergessen.**

Auch haben wir mehr als zu "spätkapitalistischen" Zeiten uns dort Geld zu besorgen, wo es durch reformistisch angelegte Strukturen möglich ist, an es zu gelangen. Weg vom Stöhnen im Umgang mit diesen Institutionen. Ist weder angesagt noch angebracht. Was kümmert uns ihre Scheiße, wenn ihre Realität uns weiterhilft. Für vieles können wir auch auf Leute von "draußen" zurückgreifen. Die sind manchmal ganz wild drauf. Was einfallen lassen!

Und was hindert uns noch daran, besorgte Mittel so anzulegen, daß sie sich akkumulieren, für **uns!** Moralische Skrupel, wie schrecklich ist diese Welt. Vergessen!! Wir stehen hier in 'ner Umwelt, die uns diese Skrupel schnell mit Knast versüßt.

Was gleichzeitig heißt: Haben wir auch künftig nur das drauf, was bisher war, dann war's das wohl, nich?!

IV "GenossInnen, hört die Signale ..."

Aus dem Geschriebenen ergibt sich viel eindeutiger als bisher noch eine Differenz von **innerer** und **äußerer Formierung.** Wir brauchen eine äußere, gesellschaftlich bezogene Formierung in Gruppen, informellen Zusammenschlüssen und (wie das wohl ankommt?) endlich wieder einer dynamischen KP. Dies wird aber nicht die Ebene sein können, die persönliche Schutzinteressen, unsere Sicherheit und die der Menschen, mit denen wir leben oder uns solidarisch zusammensehen, aufgreifen und materialisieren kann. Dazu brauchen wir eine **innere Formierung aller im unmittelbaren Umfeld einer jeden vorhandenen Kräfte** im oben beschriebenen Sinn.

> **Jede hat nur noch an dem zu arbeiten, was sie kann, und - wo es sie nicht zerreißt vor Widersprüchen und uneinlösbaren Wünschen.**

Das heißt auch:

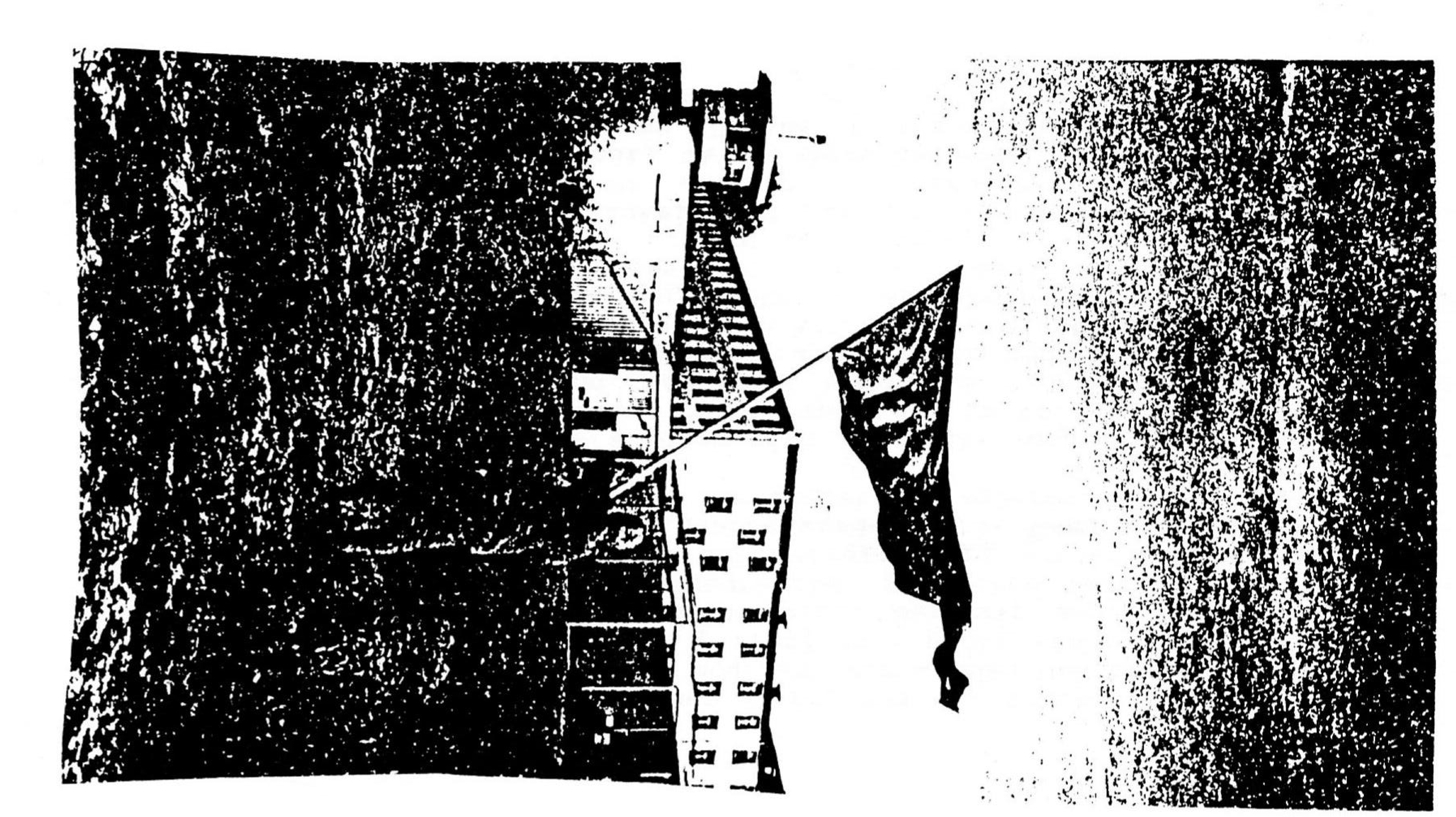
> **Jede hat als die akzeptiert zu werden, die sie selbst sein kann!**

Wir sind alle keine "Neuen Menschen", was soll also dieser (so oft spürbare) Anspruch und die damit einhergehenden Anwürfe, zu wenig zu tun, wenn wir alle zum Bisher beigetragen haben und <u>so</u> nichts getan haben. **Lassen wir diese Pression, ist es schon ein Beginn.** Wenn wir wollen, daß Menschen denken, reden, handeln ohne Angst vor Isolation, Spott und Unterdrückung, wenn wir wollen, daß sie und wir die Gegenwart für uns zurückerobern, geht es auch um das Erinnern, Zurückgewinnen und Wiederherstellen von grundsätzlichen Fragen (z.B. wer oder was sind wir? was geht verloren? usw.)

Und irgendwo in diesem Wust und Sumpf, und in der ganzen Enttäuschung, gibt es auch jetzt schon etwas anderes, offenes: In dieser Situation von Niederlage steckt auch eine Chance, die Aufforderung an uns alle, die wir trotzig und stur bleiben in unserer Sehnsucht, daß da noch was sein muß vom unauslöschlichen Traum. Die Zerstörung aller Theorie, das scheinbare Sinnloswerden emanzipatorischer Praxis, gibt uns die Möglichkeit, eigene Dogmen zu durchbrechen: **eine Zeit der Theorielosigkeit ist auch eine der Theoriewerdung.**

Und *wenn* wir es auf die Reihe bringen, eine "innere Formierung" zustandezubringen, die uns erstmal - und zwar hier - (über)leben läßt, dann sind wir vielleicht auch in der Lage, an das zu gehen, was der entsprechende praktische Ausdruck der "äußeren Formierung" sein wird (und muß) und wie wir diese beiden Prozesse zusammenkriegen: "... die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung"!

Sagen wir's zum Schluß? Na klar: **ROT FRONT**, GenossInnen!



SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA!



SHELL - DER WEG ZUM 98% ERFOLG

Wegen der Bullenberichterstattung in der Mottenpost und im Tagesspitzel wollen wir doch mal schnell Gegenöffentlichkeit über die Shell-Tankstellen-Blockade schaffen - vor allem für all diejenigen, die trotz breiter Ankündigung nicht gekommen waren.
Es fing am vergangenen Samstag um 12 Uhr vor dem Flohmarkt und der Shell-Tanke mal wieder typisch für unsere Scene an. Bis auf wenige Häuflein waren alle unpünktlich. Dafür belagerten die Bullen die Tankstelle und nervten einige Flugblattverteiler. Gegen 1/2 1Uhr konnte mensch von einer größeren Menschenansammlung vor der Tanke sprechen. Der Verkehr geriet ins Stocken, immer mehr sehr schöne Transparente tauchten auf, die ersten Sprechchöre "Shell to hell, aber schnell", die ersten Gerangel und der erste Beifall für 10 Frauen, die in einem langen gelben Bandwurm zum weltweiten Boykott gegen den Schweinekonzern aufriefen.
Die Einfahrten waren durch die Ansammlung von 500 bis 600 Menschen und durch die mehr dumm rumstehenden Bullen faktisch blockiert. Die vorbeifahrenden Autos und Busse wurden mit Sprechchören, den Tansparenten, Trommelwirbel und Feuerspucken begrüßt. - Das von uns gewünschte Spektakel war hergestellt. Überall ein Gewusel, überall kleine Nervereien mit den Bullen, viele PassantInnen vom Flohmarkt und in den Autos kriegten optisch gut mit, warum die Tankstelle blockiert wurde. Immer häufiger gelang es uns, trotz aggressiver Bullen, auf die Straße zu kommen, die Muscheln mit den sie verfolgenden Hämmern tanzten auf der Straße, Transparente blockierten die Weiterfahrt der Autos, der Verkehr kam zum Erliegen, die Blockade der Tankstelle war achtundneunzigprozentig.

Die Stimmung ebbte erst nach einer Stunde etwas ab, als die Bullen an der Schöneberger- und Möckernstr. den Verkehr umleiteten und kaum noch Autos vorbeifuhren, so daß sich mensch mangels anderer Gelegenheiten mehr mit den Bullen auseinandersetzte. Das lief auch ganz gut, die Bullen waren ganz schön durcheinander, mal knüppelten sie wie wild, mal fingen andere an zu diskutieren, eine behelmte Gruppe wagte sich all zu weit vor und flugs war sie eingekesselt:"Ab ins Wasser" wollten sie dann doch nicht und flüchteten sich über den Flohmarkt zu ihrer Befehlszentrale zurück.
Da - und hier fängt die selbstkritische Einschätzung an - keine funktionierenden Megas vorhanden waren, fiel uns die mangelnde Absprache über das Wann und Wie Aufhören bzw geschlossene Abziehen auf die Füße. Einige wollten zur Wohnungsnotdemo, einige wollten trotz deutlichen Abbröckelns noch bis 15 Uhr weitermachen, andere wollten noch zur gegenüberliegenden Tanke. Das Ende gegen 14 Uhr har so'n bißchen schlechten Nachgeschmack hinterlassen, zumal die Bullen sich dann zumindest an einem Menschen in der Potse auf dem Zug zum Wittenbergplatz übel gerächt haben.
Wir wollen dabei auch nicht unerwähnt lassen, daß während der Blockade einige ganz übel von den Bullen zusammengeschlagen wurden, mindestens zwei Menschen wegen irgendwelcher Verstößte/Beleidigungen etc die Personalien den Bullen rausrücken mußten. Hier fehlte mal wieder das Mehr-Aufeinander-Aufpassen, so daß die Bullen, wenn sie schon prügeln, es gleich mit meheren zu tun haben und nicht einzelne rausgreifen können.
Insgesamt war es ein guter Anfang für eine längere, breitere Aktionsreihe gegen Shell, mit toller Stimmung, vielen grinsenden Gesichtern. Nur paar mehr Leut' hättens schon sein können. Die gelungene Umsetzung einer vorher frech-öffentlich angekündigten Blockade ist so'n kleines Erfolgserlebnis, daß uns Mut macht für weitere Aktionen, Blockaden, Sprühereien, Schläuchedurchschneiden, Zucker und und ... Schließlich gibts in Westberlin 36 Tankstellen, viele Shell-Tanklastzüge stehen rum. Der Phantasie ist Tür und Tor geöffnet... Kill a multi!!!

Einige aus der Vorbereitungsgruppe

SHELL-Blockade Einschätzung/Kommentar/Gedanken-splitter

Die Aktion war sicherlich ein Erfolg. Die Tankstelle war zwei Stunden lang faktisch blockiert, auch wenn einige AutofahrerInnen es nicht lassen konnten, Apartheidsbenzin zu tanken. Damit haben wir das materielle Ziel der Blockade erreicht.
Entgegen dem "bunten""Aufruf hatten sich jedoch nur recht wenige Gruppen darauf vorbereitet, den üblich-autonomen Demonstrationsablauf durch etwas spektakelhaftes zu ergänzen. Doch selbst dieses wenige reichte aus, um den Bullenapparat zu irritieren. Es zeigte sich wieder, daß sie unsicher sind, wenn sie mit Aktionsformen konfrontiert werden, die sie nicht schon mehrere Dutzend Male erlebt haben. Dies zeigte sich dann auch, als sie auf dem Demozug zum Wittenbergplatz einen Menschen herausgriffen, hier für sie kein großes Problem; dagegen vor der Tankstelle absolutes Nichtwissen, wie sie z.B. mit den FeuerspuckerInnen umgehen sollten.
Die Mobilisierung war ziemlich gut, es gab im Dezember die Veranstaltung im Ex, SHELL war sozusagen "Titelthema" der letzten Radikal, es gab weit mehr als 10.000 Flugblätter, ca. 1.000 Plakate, Beiträge in der Interim, mehrere Sendungen in Radio 100, große Aufrufe in der Taz und ein sogenanntes Aktionsbündnis, welches sich aus mehr als nur Autonomen zusammensetzte. Daran kann es also nicht gelegen haben, daß nur relativ wenige Leute (vielleicht 600) an der Blockade teilnahmen. Ist es also an den wahren Bedürfnissen der proletarischen Klasse vorbei, damit abgehoben, voluntaristisch, subjektivistisch, reformistisch und was weiß ich noch, sich an der Anti-SHELL-Kampagne zu beteiligen? Das bedarf einer genaueren Diskussion, die teilweise schon in den Antworten auf das RZ-Papier eröffnet worden ist. Wir werden uns bemühen, Antworten zu finden und diese zur Debatte stellen.
Fehler von uns waren, die Blockade nur bis 14.00 h diskutiert zu haben und nix über den Rückzug, daß es kein funktionierendes Mega gab, mit dem nochmal Redebeiträge gehalten und auch einiges hätte koordiniert werden können. Auch war nicht klar, daß die Blockade von vornherein auf zwei Stunden angelegt war. Darüberhinaus war der gesamte Charakter nicht genau bestimmt, was beispielsweise die Sperrung der Straße anging. Auch daß diese Aktion eher einen Auftakt als irgendwas sonst darstellen sollte, war nicht vermittelt. Dies stellt die Frage, ob nicht doch eine kleine Info-VV nötig gewesen wäre. Weiter waren wir als Vorbereitungskreis quasi nicht präsent und somit nicht entscheidungsfähig. Durch ein fehlendes ViSdP auf den Flugblättern

wurde den Bullen eine Personalienfeststellung zumindest erleichtert. Die Presseinformation war schlichtweg erfolglos mangels Anwesenheit irgendwelcher JournalistInnen. Die Mobilisierungsfähigkeit der anderen Gruppen, mit Ausnahme der SchülerInnen, war leider wieder einmal minimal, dies können wir jedoch nicht ändern.
Jedoch ist der angestrebte "IWF-Charakter"erreicht worden, es war immer wieder eine gelungene Mischung aus Provokation, Verarschung und Verunsicherung der Bullen. Diese haben sich relativ zurückgehalten (es gab trotzdem Verletzte), hätten allerdings auch bei sehr hartem Vorgehen keine Schnitte zu gewinnen gehabt, da die Leute ziemlich entschlossen waren und ihnen teilweise auf ihre Knüppeleinsaätze die entsprechenden Antworten gaben; auch sprachen die Örtlichkeiten eindeutig für uns.
Mit dem Erfolg im Rücken sollten wir jetzt nicht alles andere sein lassen und nur noch in Sachen SHELL machen, aber insgesamt darf es nicht bei dieser einen Aktion bleiben.

NACHBEREITUNG:
Freitag, 26/1/90
18.00 h LAZ

Crellestr. 22, 1/62

Einige aus der Vorbereitungsgruppe



28. April 1990: INTERNATIONALE AKTIONEN GEGEN SHELL-TANKSTELLEN

In Holland haben wir Samstag, den 28.4.90 zum "Shelltankstellen-Aktionstag" ausgerufen. Mit diesen Aktionen wollen wir den Druck auf diesen Betrieb steigern, um so seinem Rückzug aus Südafrika näherzukommen. Wir wollen euch bitten, in eueren Ländern ähnliche Aktionen zu organisieren. Unsere Absicht ist, einen internationalen Aktionstag zustandezubringen. Um einen Multi wie Shell in die Knie zu zwingen, ist der internationale Druck von vielen Seiten notwendig. Für uns ist es eine Herausforderung, ob solch eine internationale Zusammenarbeit möglich ist. Diese kann nicht nur den Kampf gegen Shell verstärken, sondern ist auch im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses politisch sehr wichtig. Ohne dies allzu dramatisch darzustellen, führt dieser Prozess zu einer zunehmenden Machtlosigkeit der Bevölkerung. Die Entscheidungszentren werden stets abgelegener verlagert. Der beste Widerstand dagegen ist, sich um eine zunehmende internationale Zusammenarbeit zu bemühen. Bei den Shelltankstellen-Aktionen denken wir zuerst an allerlei Blockadeformen: die Tankstellen sind für die KundInnen für ein paar Stunden unerreichbar. Diese Blockaden können viele Formen annehmen. Wir können mit großen Schildern eine demonstrative Kette machen, die von alleine in eine Blockade übergeht. Wir können Orchester bitten, genau auf der Tankstellenzufahrt aufzutreten. Eine andere Idee ist, ein "drive-in-movie" zu organisieren: wir zeigen genau vor der Tankstelle einen Film über

Südafrika und schauen in unseren eigenen Autos zu. Es ist auch möglich, mit unseren Autos zur Tankstelle zu fahren, den Reifendruck ausgiebig zu prüfen, sodaß die Tankstelle praktisch blockiert ist. So können wir uns alles mögliche ausdenken. Es ist sinnvoll, die Blockaden mit Ölfässern oder ähnlichem abzuschirmen, damit auch aggresive Autofahrer nicht auf die Tankstelle gelangen.
Wir können auch versuchen, die Blockaden auf eine Stadt oder ein Gebiet konzentrieren. In Holland versuchen wir, soviele politisch und gesellschaftlich engagierte Gruppen wie möglich, die die Forderung "Shell raus aus Südafrika" unterstützen, zur Teilnahme an den Aktionen herauszufordern. Obwohl es lustiger wäre, die Aktionen gemeinsam zu organisieren, gibt es auch die Möglichkeit, die Tankstellen zu verteilen. Unterschiedliche Gruppen bzw. Organisationen bekommen ihre eigene Tankstelle und machen da ihre eigene Aktion. Dann gibts halt eine "Autonomentankstelle", eine "Kirchentankstelle", eine "Gewerkschaftstankstelle" usw..
Um diesen Tag zu organisieren, wollen wir keine komplizierten Plenumstrukturen aufbauen. Das ist auch gar nicht nötig. Das einzige, was wir tun müssen, ist einander über unsere Pläne zu informieren. Und wir müssen daran denken, daß wir möglichst schnell erfahren, was am 28.4.90 alles passiert ist, um die Presse schnell und vollständig informieren zu können. In Amsterdam organisieren wir den Informatiosaustausch. Laßt uns also möglichst schnell wissen, ob ihr Interesse habt und welche Ideen existieren. Wir lassen dich unserseits wissen, wo andere auch noch damit beschäftigt sind und welche Ideen mensch dort hat.

Postadresse: SuZA, postfach 6452,
1005 EL Amsterdam
Tel.: 020-849115



ITALIEN: BOYKOTT APARTHEID, BOYKOTT MONTESHELL

Zwei sind die bemerkenswertesten Seiten der Kampagne gegen Shell in Italien seit 1988:
1) Die Fähigkeit von Bereichen der antagonistischen Bewegung die Praxis des Shell-Boykotts in einen breiten Angriff gegen die imperialistischen Interessen (Banken, Konzerne usw.), die das Apartheidsregime unterstützen, einzuführen. In dieser Optik spielen die italienischen Multis (FIAT, Olivetti, Benetton usw.) eine große Rolle. Die Erfahrungen aus zwei Jahren militanter Solidarität mit der Intifada und die positiven Erfolge der Israel-Boykott-Kampagne waren sehr nützlich bei der Entwicklung der Shell-Kampagne, die noch nicht soweit ist.
2) Die Wichtigkeit von Shell-Symbolen nach dem Joint-Venture-Vertrag zwischen dem holländischen Multi und einem der

größten europäischen Chemiekonzernen: die italienische ENI-Montedison (ENIMONT). Shell anzugreifen, bedeutet in Italien, die Verantwortlichen für Ausbeutung und Gesundheitsschädigung in den Fabriken, von Gesundheits- und Umweltzerstörung in vielen Gebieten (Farmoplant in Massa, Porto Marghera Venezia, Acna in Valle Bormida, die sog. "Giftschiffe" z.B. Karin B) zu schlagen.

September 1988: erste Massensabotage (11 Tankstellen) in Venetien (Padua, Mestre - Porto Maghera, Bassa Padovana). Hausdurchsuchungen in Mestre wg. Shell, Automaten-Sabotage gegen Banken, die Verbinddungen zu Südafrika haben.

Frühjahr 1989: 15 Tankstellen in Mailand
April 1989: Sabotageaktivitäten parallel zur Blockade in Amsterdam.
15 Juni 1989: 13 Jahre Aufstand in Soweto - Sabotage in Venetien (34 Tankstellen) und in Brescis (4) mit großer Resonanz.
30 Mai 1989: Bombenanschläge gegen Montedison und Shell (Monteshell) in Valle Bormida und in Mailand. Beansprucht von Anarchisten.
Juli 1989: Molotowanschlag gegen eine Bank in Rom.
7 Oktober 1989: Antirassismus-Demo in Rom. Der autonome Block greift das Büro der South Afrikas Airlines und Benettongeschäfte mit Steinen an.

INTERNATIONALER AUFRUF GEGEN SHELL



Shell raus aus Südafrika

Dieser Aufruf wird gleichzeitig in verschiedenen westeuropäischen Ländern in so viel wie möglichen Zeitungen und Magazinen veröffentlicht.

Seit vier Jahren ist der multinationale Konzern Royal Dutch Shell das Ziel von AktivistInnen in einer wachsenden Anzahl von Ländern. Die Kampagne wird von einem breiten Spektrum von Gruppen unterstützt. Shell sieht sich in immer mehr Ländern wachsendem Druck ausgesetzt. Es werden Boykottkampagnen gegen Shell-Produkte organisiert, die Praktiken des Konzerns aufgedeckt, Demonstrationen organisiert, Kundgebungen und Blockaden vor Einrichtungen von Shell abgehalten und militante Aktionen durchgeführt. Bis jetzt wurden etwa 500 Shell Tankstellen in den letzten drei Jahren sabotiert. Diese Aktionen wurden in Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Niederlanden, Westdeutschland und Westberlin, Italien und Kanada ausgeführt.

Shell wird angegriffen, da es sich weigert, seine Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheidsregime aufzugeben.

Shell ist der größte Auslandsinvestor in Südafrika. Es ist aktiv am Unterlaufen des von der UNO ausgerufenen Ölembargos beteiligt. Es liefert Treibstoff, Schmiermittel und Chemie für Waffen an die südafrikanische Armee und Polizei. Für die Rassisten bedeutet Shell eine der wesentlichen Einnahmequellen durch die Förderung und den Export von südafrikanischer Kohle und anderem. Für Shell bedeutet Apartheid immense Profite, weil es ihnen erlaubt, die schwarze Bevölkerung brutal auszubeuten.

Die schwarze Mehrheit, einschließlich der Befreiungsbewegungen, der Gewerkschaften und Kirchen in Südafrika fordern den Rückzug aller ausländischen Investoren, um das rassistische Regime zu isolieren.

Der internationalistische Kampf gegen Shell bietet die Möglichkeit, die Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung in Südafrika, zu verbessern.

Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika heißt für uns mehr, als gegen Apartheid zu sein. Es heißt gegen das System zu sein, von dem Apartheid eine der brutalsten Erscheinungsformen ist. Es ist dasselbe System, das auf der patriarchalen Differenzierung von Frau und Mann, der rassistischen Differenziereung zwischen Schwarz und Weiß und der Klassendifferenzierung beruht und diese aufrechterhält. Dieses sind die drei wesentlichen Unterdrückungsmechanismen. Nur ein Kampf, der alle drei Mechanismen bekämpft, kann in die Richtung wirklicher Befreiung führen.

Wir glauben, daß die beste Form der Solidarität hier in Westeuropa mit dem weltweiten Kampf um Befreiung, die Organisierung und Vereinheitlichung unseres Kampfes ist.

Als Multi ist Shell aktiv an der Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion durch die Entwicklung von Biotechnologie beteiligt und ist aktiv in der Umweltzerstörung.

Wir wollen Shell aus Südafrika rauszwingen, aber wir wollen mehr.

Gegen ihr Europa der Banken und Bonzen, das sie Europäischen Binnenmarkt, E 92 nennen, dagegen setzen wir ein Europa des Widerstandes.

Auch wenn dieses noch ein langer Weg ist, die ersten Schritte sind bereits getan. Wir rufen die Linke in Westeuropa auf sich auf die Europäische Nr. 1 zu konzentrieren. Zusammen können wir sie rauszwingen.

In diesem Kampf hoffen wir, die Bedingungen zu entwickeln, hin zu einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa.

Hin zu unserer eigenen Befreiung.

Für einen starken internationalen Widerstand

★

Mach mit in der Kampagne gegen SHELL

Vervielfältigen, weitergeben und diskutieren!

Autonome Gruppen aus den Niederlanden, BRD und Dänemark

International Resistance Breaks Apartheid

Kill a Multi

Wir haben in der Nacht vom 17. zum 18.1.89 in der Firma Nixdorf Computer im Wedding mit untenstehendem Poster massenhaft die Räume geschmückt und untenstehendes Flugblatt an die Belegschaft verteilt.
IGM (Internatioale gegen Multis)

Nachdem der Nixdorf Computer-Vorstand uns an Siemens verkauft hat wenden wir uns an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen.


Wir leben in einer Welt wo sich Großkonzerne zusammenschließen, damit sie weiter ihre Gewinne für sich steigern können, auf kosten unserer Umwelt und der Menschen die nicht direkt am Gewinn beteiligt sind. Damit das alles bis ins kleinste funktioniert werden von ihnen HERRschafts- und Machtverhältnisse geschaffen die schon bei Frau/Mann- Verhältnissen anfangen. Die Frau in dieser Gesellschaft und auch im Betrieb bei Nixdorf wird oft nur als Objekt betrachtet, sie verdient weniger, hat einen schlechteren Arbeitsplatz und wird obendrein mit sexistischen Sprüchen und Blicken bis hin zur Vergewaltigung angemacht bzw. angegriffen. Das funktioniert dann auch weiter mit der Ausländer/innen-Feindlichkeit im Betrieb. Rechtsextreme können ohne Folgen im Betrieb Hitler- und Hakenkreuz-T-Shirts verkaufen. Unser "sozialer" Betriebsrat sieht selbstverständlich keine rassistichen oder faschistischen Hintergründe in diesem Verkauf. Die Verantwortlichen bei Nixdorf unterstützen solche Einstellungen durch Unterbewertung der Leistung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen bei den Lohnverhandlungen. Im Betrieb darf demnach auch nicht die jeweilige eigene Landessprache gesprochen werden, sondern nur Deutsch.

Der Rassismus bei Nixdorf zieht weitere Kreise: Als IBM 1986 durch öffentlichen Druck sich aus dem rassistischen Südafrika zurückzog, war das anscheinend für Nixdorf die Chance mit dem Apartheidsregime zusammen zuarbeiten. Nixdorf ist heute eine der aktiven BRD-Firmen die helfen die schwarze Bevölkerung zu unterdrücken und auszupressen, Namibia besetzt zu halten und große Teile Angolas und Mosambiks zu zerstören.

Alle finanziellen Angelegenheiten Nixdorf's laufen über die Deutsche Bank. Schon lange stützt die Deutsche Bank den Kurs des angeschlagenen Nixdorf-Konzerns durch eigene Aufkäufe an der Börse. Ein Ausweg aus der anhaltenen Kriese ist nun gefunden. Zum Jahresende wurde ein Rekordverlust gemeldet. Darum wurden Siemens und Mannesmann von der Deutschen Bank gebeten Verhandlungen mit dem Ziel zuführen, Nixdorf zu übernehmen. Die Deutsche Bank ist nicht nur mit Nixdorf sondern auch mit Siemens und Mannesmann verbandelt. Die Deutsche Bank verdiente an den beiden Weltkriegen durch millionenfacher Ausbeutung der Menschen. Sie ist heute Europas größte Bank und dominiert die wirtschaftliche und politische Entwicklung, steht somit an der Spitze des multinationalen Kapitalismus und ist Mitverantwortlich für die bestehenden HERRschafts- und Ausbeutungsverhältnisse hier und in der sogenannten dritten Welt. Sie ist durch ihre Machtposition Mitverantwortlich für den Völkermord, Hunger, Existenzunsicherheit und der Umweltzerstörung.

Damit die Verantwortlichen bei Nixdorf weiterhin Gewinne einstreichen können, müssen immer neuere Ausbeutungsstrategien entwickelt, d.h. immer wieder neue Märkte erschloßen werden. Durch den Einzug von teuren Nixdorf Computer-Kassen in die Supermarkt- und Kaufhausketten werden (überwiegend Frauen-) Arbeitsplätze wegrationalisiert um Lebensmittel und Konsumgüter noch billiger verkaufen zu können. Dadurch steigt der Konkurenzdruck auf die kleineren Läden.

Seit dem 10.1.90 wissen wir das Nixdorf vom zweitgrößten West-Deutschen Konzern Siemens aufgekauft worden ist. Der Konzern hat aufgrund seiner globalen Märkte direkten Einfluß auf die Länder der sogenannten dritten Welt und bestimmt dadurch auch wieder die Lebensbedingungen der Völker ganz entscheident mit. Siemens stellt u.a. Atom-Kraft-Anlagen her und ist deshalb Mitverantwortlich für die Zerstörung unserer Umwelt. Staatliche Aufträge in Milliarden Höhe kann Siemens für sich verbuchen u.a. bei der Bundeswehr. Siemens hat schon seit 1858 ausgeklügelte Ausbeutungsmethoden der Arbeiter/innen parat, so z.B. Akkordlohn, Betriebsrenten, unterschiedliche Lohngruppen (Frauen bekamen im 19. Jahrhundert die Hälfte eines Männerlohns), willkürliche Festlegung der Akkordlöhne durch die Meister, betriebseigene Gewerkschaft. Siemens profitierte im ersten Weltkrieg durch Massenproduktion von Kriegsgütern und auch an der Demontage von Industrieanlagen in den besetzten Ländern. Selbst an die sogenannten "Feindländer" verkaufte Siemens, über neutrale Staaten Rüstungsgüter. Ab 1931 unterstützt Siemens gezielt die NSDAP und 1933 werden abermals Kriegsgüter produziert. Während des Krieges wurden Kriegsgefangene im Werkseigenen Konzentrationslager untergebracht und ausgebeutet (Vernichtung durch Arbeit). Später wurden von dem Konzern Technische Einrichtungen für die Vernichtungslager produziert (Absauganlagen für Gaskammern, elektrische Öfen zur Verarbeitung von Menschenfett,usw.). Siemens profitiert heute u.a. an AKW-Geschäften in Brasilien und Argentinien sowie an Militärgeschäften mit Indien.



Redebeitrag auf der Demonstration gegen Wohnungsnot
Westberlin, 20.1.1990

Wir sind einige Leute aus der Westberliner Häuserkampfbewegung. Wir nehmen an der Demonstration hier teil, obwohl wir den Demo-Aufruf auf gar keinen Fall nterstützen. Wir halten seine Herangehensweise an die Wohnungsnot für grundsätzlich falsch. Wir wollen nicht warten, bis der Senat die leerstehenden Häuser für uns öffnet. Laßt uns das selber machen. Wir erwarten von den Dienern eines Wirtschaftssystems, das Kapitalismus heißt und dessen Grundlage die Spekulation ist, nicht, daß sie Spekulanten bestrafen.*1 Enteignung ja, Enteignung nach Grundgesetz nein, denn wir wollen keine dicken Entschädigungen für die Speckischweine. Wir müssen die Eigentumsfrage grundsätzlich stellen. Es reicht nicht, ein bißchen selbstverwalteten Wohnraum zu schaffen in einer fremdbestimmten Stadt. Die Verbesserung der Wohnungsverteilung kann nicht die Wohnungsnot lösen, denn alle haben ein Recht auf Wohnraum.
Wir können die Wohnungsnot nicht beheben mit ein paar Mittelchen aus dem Medikamentenschrank des Herrn Doktor=Regierungspolitik. Wir können die Wohnungsnot nur bekämpfen, wenn wir die Herrschenden frontal angreifen.

Als Grund für die Wohnungsnot wird immer nur die Einwanderungswelle genannt. Dahinter werden die eigentlichen Ursachen versteckt. Die Kapitalisten planen die Umstrukturierung zur Dienstleistungsgesellschaft, und dem sollen alle weichen, wir den yuppies, und unsere Wohnungen den Bürohochhäusern, Forschungszentren, Spielhallen und Sexshops.
Ein Beispiel, auf welcher Seite SPD/AL wirklich stehen, ist die Räumung der Ohlauerstr.29 in Kreuzberg. Dieses Haus stand 8 Jahre leer. Ein widerlicher Spekulant, Dr. Pohly, verkaufte nur die beiden Ladenwohnungen. Die eine wurde eine zwielichtige Spielhalle, die andere ein Puff. Während der Besetzung war der Puff geschlossen, jetzt, nach der Räumung, floriert das Geschäft wieder. SPD/AL haben das prima hingekriegt. Da hier jedoch die Spekulantenscheiße so offen auf dem Tisch lag, daß keine Verleumdungskampagne mehr gefruchtet hätte, wurde das Haus von der Sozialstadträtin beschlagnahmt. Unsere Konzepte wurden ignoriert. Die Folge: dem Spekulanten wird noch mehr Kohle in den Rachen geworfen, nach 6 Monaten ist die Beschlagnahme beendet. Von den 8 Wohnungen im Haus sind nach über einem 1/2 Jahr bisher erst 2 belegt.
Das ist der praktizierte Zynismus der Sozialstrategen, die immer und überall nur die Interessen der Mächtigen vertreten.

Die Armen sind am wachsenden Einkommen der Gesellschaft nur wenig bis garnicht beteiligt. Sie können die immens steigenden Mieten nicht mehr bezahlen und landen so in den Klauen der staatlichen Sozial- und Wohnungspolitik.
Diese Entwicklung wird noch durch die Einwanderungswelle aus Osteuropa verstärkt, die von unserer Regierung initiiert wurde, um den Übergang Osteuropas zum Kapitalismus zu beschleunigen. Den scheinbaren Interessengegensatz zwischen eingewanderten und einheimischen Wohnungssuchenden gibt es nicht, denn die Integration der EinwanderInnen in unsere 2/3 -Gesellschaft läßt nicht lange auf sich warten. Die Einen landen oben und die Anderen unten. Die staatlichen Sozialmaßnahmen haben vor allen Dingen den Zweck, denen den Übergang zu erleichtern, die aufsteigen werden. Wenn sie deshalb sozialpolitische Forderungen teilweise erfüllen, denken sie nicht an uns. Das ist keine Änderung der bisherigen Politik, sondern ihre konsequente Fortführung.

Der Zynismus der Macht wird besonders deutlich am Beispiel der Kämpfe um das Rudolph-Virchow-Klinikum im Wedding.
Hier werden massiv Krankenhausbetten und notwendiges Personal abgebaut. Der von der CDU abgesegnete Krankenhausplan von 1986 sieht die Errichtung von Großtierversuchs- und Gentechniklaboratorien vor. Das Klinikum in Charlottenburg wird geschlossen. Das Personal und die Bevölkerung im Wedding haben diesen Plänen entschlossenen Protest entgegengesetzt. Dieser Protest wurde brutal zerschlagen. Für die Großmachtansprüche der Herrschenden, für die das RVK als Wissenschafts- und Forschungszentrum wesentlicher Bestandteil ist, wurden das Denkmalschutzgesetz und die Mitbestimmungsrechte des Personalrats durch ein Errichtungsgesetz, das einem Ermächtigungsgesetz nahe kommt, außer Kraft gesetzt.

Ergänzung
1. Das sind die Leute, die verantwortlich sind, für die brutalen Knüppeleinsätze auf der Shell-Blockade heute und auf der anschließenden Spontan-Demo und die willkürlichen Festnahmeaktionen auf dieser Demo!

Wer nun glaubte, der Orange-Grüne Salat hielte sich an seine eigenen Koalitionsvereinbarungen, die eine dezentrale Gesundheitsversorgung und die Rücknahme des Krankenhausplans vorsahen, hat sich verarschen lassen. SPD/AL sind nur dazu da, berechtigten Widerstand aufzuweichen und letztendlich zu brechen. Der Krankenhausplan wird gnadenlos durchgezogen.
Ende 1989 wurden die zum Abriß bestimmten Schwesternwohnheime besetzt, um die 160 intakten Einzelapartements nach Aussagen der BesetzerInnen, Wohnungslosen zumindest über den Winter zur Verfügung zu stellen; der Baubeginn ist ohnehin erst 1992. Der Verantwortliche Dr. Neher ließ ohne Gesprächsbereitschaft sofort brutal räumen, er mußte befürchten, daß durch die Besetzung das bisherige rigorose Vorgehen und die lebensfeindliche Planung weiter in die Öffentlichkeit dringt. Kriminalisiert werden in unserer Gesellschaft die BesetzerInnen, doch in unseren Augen sind es die Politiker und die Professorenmaffia mit ihrem Büttel, die Polizei, die den Landfrieden bricht.



Die Umstrukturierung hat durch die aktuelle Entwicklung eine völlig neue Dimension bekommen. Die Stadt soll Ost/West- Handelszentrum werden. Die Fläche, die das beanspruchen wird, wird gigantisch sein. Ein Beispiel dafür ist der geplante Neubau der Berliner Trasse der Autobahn Hamburg/Dresden entlang des Grenzstreifens. Dichtbesiedelte Wohngebiete u.A. in 36, Friedrichshain und Treptow sollen dem Abrißbagger zum Opfer fallen. Das, was der Abrißbagger stehen läßt, wird durch die Mieten- und Preisexplosion kaputtgemacht.
Unsere Politiker spekulieren bereits öffentlich über Autobahnraststätten mitten in Kreuzberg und sogenannte "lukrative Geschäftsangebote". Die Köpenikerstr. soll zur Groß-Berliner Einkaufsstraße werden. Die Wohnhäuser sind bei dieser Planung nur noch Streichholzschachteln.
Ein weiteres Mittel, die Umstrukturierung voranzutreiben, ist Olympia 2000/2004, wehren wir uns gemeinsam gegen Olympia und gegen alles, was damit verbunden ist:

den Angriff auf unsere Stadtteile und unseren Lebensraum, die Expansion des Kapitalismus, den Groß-Berlin-Mythos und die Wiedervereinigungsbestrebungen.

Ost-West-Handelszentrum verhindern!

Bekämpfen wir die Wohnungsnot an ihren Wurzeln!

Solidarität mit allen besetzten Häusern!

Beteiligt euch an der Aktionswoche für El Salvador vom 22.1. bis 28.1.!

Unterstützt das Waffen-Spenden-Konto!

Solidarität mit dem Befreiungskampf der FMLN!

WERRA-BLOCK GERÄUMT - SAVOY-HOTEL BESETZT



Gestern, am 15. Januar, fand eine von der "Immobilien Braun"einberufene MieterInnenversammlung zum Werra-Block statt. Diese Versammlung eine Reaktion auf den offenen Brief der MieterInnen vom 19.12. sollte die "unhaltbaren Vorwürfe" gegenüber der Hausverwaltung in "sachlicher Atmosphäre" entkräften.

Das genaue Gegenteil ist eingetreten.
Obwohl am Eingang des Versammlungslokals ein Schlägertrupp der Hausverwaltung sowie Zivilpolizisten Ausweiskontrollen durchführten, um Wohnungssuchende und Interessierte nicht an der Versammlung teilnehmen zu lassen, hatte Roman Skoblo, Geschäftsführer der "Immobilien Braun" alle Hände voll zu tun, vor den MieterInnen und der Presse den Ahnungslosen zu spielen, der natürlich von alle den Mängeln, den nassen Wohnungen, kaputten Dächern usw. nichts wußte. Obwohl er sich bemühte nach dem Druck der vergangenen Wochen Entgegenkommen zu demonstrieren, ging seine Rechnung, die MieterInnen mit Zugeständnissen zu befrieden, nicht auf.

Während der Versammlung wurde die teilweise schon eine Woche andauernd schleichende Besetzung von 11 Wohnungen im Block öffentlich gemacht. Danach ging alles schnell. Die Polizei räumte die neuen BewohnerInnen aus ihren Wohnungen und nahm 1o Personen fest. Auf welcher Grundlage diese Räumung erfolgte wissen wir nicht. Skoblo selbst hat, weil er noch auf der Versammlungwar, keinen Strafantrag stellen können.

Nachdem die Polizei weg war, wurden erneut drei Wohnungen besetzt, unter anderem eine von türkischen Mietern aus dem Block, die selbst unter den beengtesten Verhältnissen leben müssen. Auch hier räumte die Polizei etwa eine Stunde später und nahm 8 Personen fest, eine Frau wurde auf die Wache genommen und erkannungsdienstlich behandelt.

Wir nehmen die kriminellen Machenschaften der Immobilien Braun und insbesondere des Roman Skoblo nicht länger hin. Wer über drei Jahre lang Wohnungen leerstehen läßt, mittlerweile sind es 9o!, um sie irggndwann am St. Nimmerleinstag für 15 DM/qm zu vermieten, dem gehört das Spekulantenhandwerk gelegt. Auf der einen Seite leben Menschen im Werra-Block zum Teil unter kaum vorstellbaren Verhältnissen, und stehen 12.000 Obdachlose auf der Strasse, auf der anderen Seite sonnt sich ein Skoblo in seinem Reichtum sahnt den Profit aus seinen Wohnungen and seines "Instituts für Laboratoriumsmedizin" ein. Ihm gehören an die 1oo Häuser in Berlin, mehrere Firmen, das genannte Labor, eine Großhandelsgesellschaft, mehrere medizinische Ausbildungsstätten in der Schweiz und zwei Hotels in Berlin. Eines davon ist das SAVOY HOTEL!



IFLB INSTITUT FÜR LABORATORIUMSMEDIZIN BERLIN

Dr. med. Roman M. Skoblo

Arzt für Laboratoriumsmedizin

Telefon (030) 455 50 96

Montag - Freitag 7.00 - 19.00 Uhr

Blutabnahme: nüchtern bis 10 Uhr täglich

Fahrstuhl

WIR LASSEN NICHT LOCKER!

Wir wurden gestern zwar geräumt, das heißt aber lange noch nicht, daß wir uns die leeren Wohnungen im Werra-Block nicht immer wieder holen werden, bis wir schließlich Verträge, und zwar für BILLIGEN Wohnraum in der Tasche haben. Heute allerdings, nach dem Streß von gestern haben wir es ersteinmal vorgezogen, uns in einer etwas komfortableren Umgebung zu erholen und selber mal die Luft bzw. wie es so schön heiß das Ambiente des Reichtums zu schnuppern.

Für heute nacht wohnen wir im Savoy-Hotel, und morgen?

KIEZKÜCHE MIT DIASHOW UND INFOS ZUM WERRABLOCK

AM SO,28.o1. UM 14 UHR IM SYNDIKAT

Offener Brief

An die Leitung der Freien Universität Berlin

Wir fordern den Erhalt der Brümmerstraße 52 als autonomen Lebensraum, der selbstbestimmtes Wohnen und politische Arbeit ermöglicht.
Die B'52 will sich nicht allein auf Wohnungsnot beschränken, sondern sucht die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Die Wohnungsnot ist nur eine Facette des bestehenden Herrschaftssystems. Deshalb bieten wir im Haus Raum für Gruppen an (Arbeitsgruppen, kulturelle Veranstaltungen u.a.) und suchen inhaltlichen Austausch, Koordination und Zusammenarbeit.

Auch nachdem die Uni-Leitung die Zuständigkeit für das Haus an den Senat abgegeben hat, entlassen wir die FU nicht aus ihrer politischen Verantwortung. Eine polizeiliche Räumung wäre nur im Auftrag der der Uni-Leitung möglich.

Die Uni-Leitung behauptet, daß das Gebäude dringend gebraucht werde; auf unsere Anfrage war sie jedoch nicht in der Lage, konkrete Auskünfte über die geplante Nutzung zu geben. Nach mehreren, sich widersprechenden Aussagen (Nutzung durch Behindertenbeauftragte, Frauenbeauftragte bis zu Kristallforschung) schrieb sie uns am 23.11.89 , die " Senatsverwaltung und Universitätsleitung erneuern ihre Aufforderung auf Freigabe dieses Hauses, das die FU benötigt, um das neu eingerichtete Fach Turkologie unterzubringen ".
Diese Argumentation zieht für uns nicht. Zum Einen entsteht durch die widersprüchlichen Aussagen der Eindruck, daß sich die Uni-Leitung nur wegen der Besetzung auf die verzweifelt anmutende Suche nach einem Verwendungszweck gemacht hat (das Fach Turkologie wird im nächsten Semester nicht angeboten), zum Anderen orientiert sie sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern an den Interessen der Forschung und damit des Kapitals. Ein Beispiel hierfür ist die Räumung und der Abriß der Schwesternwohnheime in der Sylter Straße, für die die Uni-Leitung als Mitglied des Errichtungskuratoriums des Rudolf Virchow Krankenhauses mit verantwortlich ist. Das Ausheben einer Grube für ein in zwei Jahren geplantes Gen- Technologie- Zentrum war ihnen wichtiger als der Erhalt von 140 billigen Wohnungen. Gleichzeitig wurden in diesem Semester peinliche " Turnhallen-Lösungen " zu horrenden Preisen " angeboten " (300 DM pro Monat pro Pritsche), ein Chaos, das sich in wenigen Wochen, wenn das Sommer-Semester beginnt, wiederholen wird.

Mit der Besetzung, dem Schaffen gemeinsamen Lebens- und Wohnraums, wollen wir gesellschaftlich und ökologisch bewußtes Denken und Handeln selbst entwickeln und fördern.
Studighettos (Wohnheime) können diese Funktion nicht erfüllen, da Studentinnen und Studenten darin von der Realität anderer gesellschaftlicher Gruppen isoliert werden und Kommunikation untereinander kaum möglich ist.

Besetzerinnen und Besetzer der **B'52**

Erstunterstützer und Unterstützerinnen:

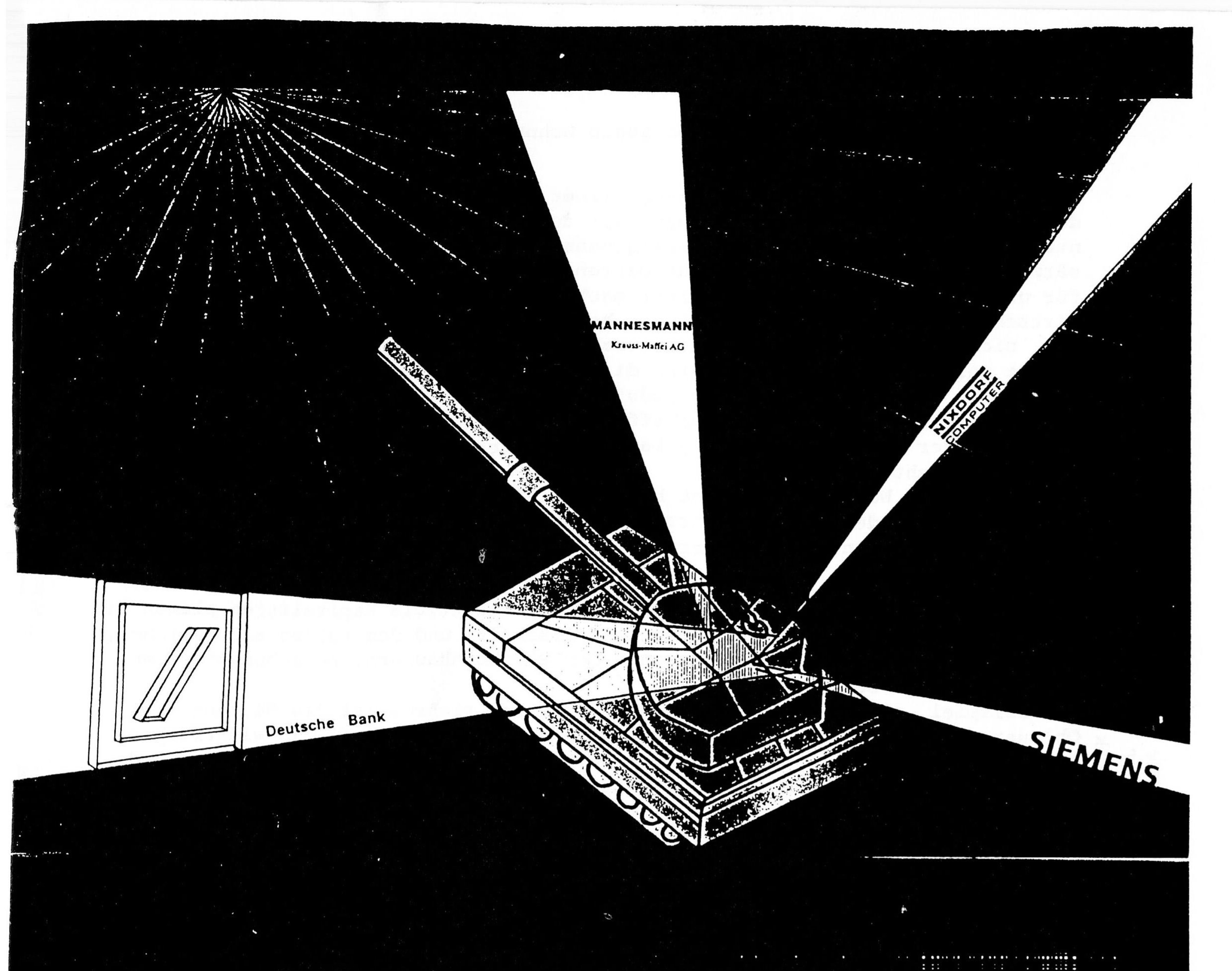
AStA-FU, Marchstraße, Fachschaftsini Ethnologie
Linkes Plenum, Fachschaftsini Latein Amerika Institut
Wohnungsnot Ini-FU, AStA-TU, Werra Block Ini,
Nostizstraße, Häuser- und MieterInnenkampf Plenum

Zur ausgefallenen Knastkundgebung am 19.1.90 vor dem Tegeler Knast

Viele von euch werden vielleicht mitbekommen haben, daß die geplante Knastkundgebung ausgefallen ist. Der Grund dafür war eigentlich sehr simpel. Da die Kundgebung eine Unterstützung des gleichzeitig geplanten Sitzstreiks war, dieser dann abgesagt wurde, geschah mit der Kundgebung genau dasselbe. Nur so einfach wie es klingt ist es natürlich in der Praxis nicht. Erstens finden wir es schon blöde, eine solche Veranstaltung überhaupt abzusagen, noch weniger behagt uns, dies einen Tag vorher zu tun, und dann haben wir eigentlich auch überhaupt nicht verstanden, warum der Sitzstreik nun abgesagt worden ist. Da wurde dann erzählt, daß es ein Gespräch zwischen Insassenvertretung, autonomer Interessenvertretung und Senat gegeben hätte, bei dem der Senat zugesichert hätte, daß schnell so etwas wie ein Kommunikationszentrum geschaffen werden soll. Außerdem soll es wohl zukünftig leichter werden, eine Genehmigung für einen Fernseher zu bekommen, und das war es dann auch schon. Scheinbar Grund genug alles erstmal abzusagen.

Natürlich wissen wir auch, daß solche Aktionen häufig wenig oder gar nichts bringen. Trotzdem finden wir es schon grotesk, wie es dem Senat gelingt, jeden Widerstand schon im Vorfeld zu brechen. Die Methode ist immer dieselbe. Da werden ein, zwei vage Versprechungen gemacht, wenn der Senat größere Schwierigkeiten befürchtet, und prompt wird die gesamte Aktion abgeblasen. Der Arbeitsstreik im Sommer wurde durch die Zusicherung auf verbesserte Auf-und Umschlußzeiten in den Häusern 2 und 3 gebrochen, der im Herbst durch die erste Pressekonferenz in der Geschichte des Tegeler Knastes. D Der letzte Streik ist schließlich durch merkwürdige Beschlüsse der Gesamtinsassenvertretung gekippt worden. Aber nun bleibt eigentlich die Frage, warum die Gefangenen glauben, den Zusicherungen des Senats trauen zu können. Ihre Erfahrungen können es sicher nicht sein, denn von den Auf-und Um schlußzeiten ist ja wohl nicht so viel übriggeblieben. Die damals gleichzeitige Zusicherung, daß über andere Forderungen, wie gerechtere Arbeitsentlohnung, später gesprochen werden muß, auch davon ist nichts übrig. Vielleicht ist noch nicht später, vielleicht wissen wir nichts davon, aber getan hat sich auf jeden Fall noch gar nichts. Die Ergebnisse der hochgelobten Pressekonferenz sind ganz ähnlich. Zusammengefaßt nichts. Auch die Geschichte mit einem Kommunikationszentrum haben wir schon mal gehört. Die sollte bei den Frauen in der Plötze auch schnell realisiert werden. Bis heute hat es gedauert, und dasselbe ist es wohl auch nicht, was damals die Frauen wollten und was heute der Senat realisiert. Sicher nicht zufällig fällt der Punkt, daß auch Gruppen von draußen da mitreinkommen sollten, einfach weg.

Aus diesen gemachten Erfahrungen verbittert es uns draußen schon, wenn wir wieder einmal mit so einer Geschichte zu tun haben. Da ist eine Aktion geplant, kurz vorher Verhandlungen mit dem Senat und nach bewährtem Muster wird das Ganze dann abgesagt. Alle Erfahrungen mit diesem Senat scheinen da auch nichts zu ändern. Erst gab es das große Hoffen auf Rot-Grün, dann die große Enttäuschung, dann einige Initiativen und mittlerweile greift wieder die alte Strategie des Senats der Vereinnahmung, durch scheinbare Beteiligung. Das treibt



Schwarz ist der Himmel, Rot ist der Sand
Gold sind die Hände derer im Nixdorf–Vorstand.

Wo Faschisten in Südafrika das Land regieren,
wo Menschen durch Rassismus das Leben verlieren,

wo Nixdorf's Computer–Kassen den Einkauf verbessern,
und Siemens Atom–Kraft–Anlagen das Leben verbessern,
und dort wo Mannesmann's Panzer den Frieden sichern,

in einer Welt, wo Vergewaltiger frei rumlaufen,
wo es sogar möglich ist Frauen zu kaufen,

dort investiert Nixdorf Computer das Geld,
auf kosten der Menschen und der Umwelt.

Dort schließen sich die Multis zusamm'
Nixdorf, Deutsche Bank Siemens und Mannesmann.

Politisch, wirtschaftlich geschützt durch Deutsche Bank.
Schwarz, Rot, Goldnen Dank!

Für den revolutionären Wiederstand.
Gegen jeden HERRschenden Vorstand.

Wie souverän ist die Volkskammer?

Die DDR ist als rohstoffarmes Land außenwirtschaftlich abhängig. Diese Abhängigkeit wird durch den Zustand der Wirtschaft verstärkt. Gegen diese Abhängigkeit gilt es, unsere Souveränität zu verteidigen.

Die Volkskammer jedoch hat am 12. Januar bei nur zwei Stimmenthaltungen eine Änderung der Verfassung beschlossen, so daß ausländisches Kapital nun in der DDR Produktionsmittel besitzen darf. Die gleiche Volkskammer, die sich bei Abstimmungen bis zum Oktober 1989 einig war, ist sich jetzt schon wieder einig. Sie verschenkt ein zweites Mal ihre Souveränität. Der Rest wird schlechtes Theater. Ausländisches Kapital wird künftig bestimmen, an welcher Stelle investiert, modernisiert und rationalisiert wird. Ausländisches Kapital wird festlegen, welche Betriebsteile unrentabel sind, wo Arbeitsplätze gestrichen werden. Vieles wird sich ändern: Beschäftigte, die nicht im Schicht-System und am Wochenende arbeiten wollen, werden ebenso Schwierigkeiten bekommen wie Eltern, deren Kinder zu oft krank sind, wie Arbeiter und Angestellte, die älter als 50 Jahre sind oder mehr als zwei Wochen im Jahr wegen Krankheit fehlen. Und das wird nur der Anfang sein! Indem die Volkskammer sogenannte joint ventures ermöglicht hat, stehen andere Formen der Kooperation, die uns mehr Rechte gesichert hätten, gar nicht mehr zur Debatte. Die Konzernherren und Firmenchefs nutzen selbstverständlich jene Arten der Zusammenarbeit, die ihnen größtmöglichen Einfluß und Profit garantieren. Deshalb fordern sie ja jetzt sogar mehr als 49% Besitz. Betriebs- und Kombinatsdirektoren der DDR machen mit ihnen gemeinsame Sache. Vor Wochen bezeichneten sie sich bereits als sozialistische Unternehmer, inzwischen sind sie nur noch Unternehmer. Dementsprechend verlangen sie die Änderung des Arbeitsrechts, unter anderem mehr Möglichkeiten zur Bestrafung und Disziplinierung. Zum Teil verstecken sie ihre Machtansprüche hinter der Forderung nach der Durchsetzung des Leistungsprinzips. Sie sehen sich schon als Wirtschaftsbosse, sie werden jedoch höchstens Filialleiter sein. Betrogen aber sind wieder die Werktätigen, oder hatten beispielsweise die Leitungen der volkseigenen Kombinate ROBOTRON und IFA vor Abschluß ihrer neuen Verträge das Einverständnis der Belegschaften eingeholt? Warum werden in der Presse die Folgen von joint ventures nicht dargestellt? Warum lügen Journalisten, wenn sie von joint ventures reden und uns suggerieren, es handele sich nur um Möglichkeiten der Investition (Aktuelle Kamera 12.01.90)? Joint ventures bedeuten anteiligen Besitz! Selbst das Fallen der 49%-Klausel ist längst beschlossene Sache, denn schon heißt es: "In Ausnahmefällen kann der ausländische Anteil über 49% betragen". In diesem Zusammenhang sind wir uns übrigens sicher, daß den westdeutschen Konzernen eine Wiedervereinigung innerhalb der nächsten Jahre gar nicht so recht ist, da diese viel zu teuer wäre. Sie haben mehr davon, wenn sie uns vorher noch eine Weile zu Billiglöhnen arbeiten lassen. Dagegen gibt es nur eine Chance, die wir aber jetzt und sofort nutzen müssen, um wenigstens unsere Interessen am Arbeitsplatz zu schützen: Das staatliche Eigentum muß gesellschaftliches werden. Also, wählen wir Räte, bilden wir Genossenschaften, verwalten wir die Betriebe selbst. Dann können allein wir entscheiden, ob und wie wir mit dem Kapital zusammenarbeiten.

Herr Modrow hat wiederholt angekündigt, daß es keinen sozialen Abstieg der Menschen in der DDR geben wird. Dabei mußten wir die ersten Schritte längst gehen. Auch die Erhöhung der Preise für Kinderbekleidung bedeutet dabei eine Stufe. Präzise Berechnungen von alleinstehenden Frauen belegen klar, daß die parallele Anhebung des Kindergeldes in vielen Einzelfällen nicht ausreicht, um die Preissteigerungen zu kompensieren. Wir solidarisieren uns mit den Erklärungen verschiedener unabhängiger Frauen-Gruppen, die gegen diese Maßnahmen vom 12. Januar protestieren. Wir fordern die sofortige gesetzliche Verankerung der scala mobile, das heißt die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter, des Kindergeldes und der Renten an die Inflationsrate!

13. Autonome Gruppe in der Initiative für eine Vereinigte Linke

P.S. Ein bemerkenswerter Satz der letzten Woche stammt von Frau Ministerin Nickel: "Für die Bevölkerung erfolgen in den nächsten Tagen keine weiteren Preiserhöhungen."

Vielen Dank, Frau Nickel!

Wen vertreten FDGB-Vertreter am Runden Tisch und im Betrieb?

Den Werktätigen bei Planung und Leitung wirkliche Mitsprache

Man sollte meinen, daß wir in den vergangenen Monaten begriffen haben, wie wichtig die Demokratie für unser Leben ist. Aber offensichtlich gilt das nicht für alle.

Die FDGB-Vertreter am Runden Tisch von Berlin haben den Antrag gestellt, die Bildung von Betriebsräten durch die Regierung zu unterbinden.

Bisher erfolgte die Mitbestimmung der Arbeiter ausschließlich im Rahmen des FDGB. Die Gesetze sahen formal eine Mitbestimmung vor, aber in Wirklichkeit blieb dann nur der von vornherein sinnlose Gang zur übergeordneten Behörde. Wir alle haben diese Erfahrung von der letzten Plandiskussion noch deutlich in Erinnerung.

Dadurch, daß der FDGB als alleinige Interessenvertretung aller Werktätigen mit stark zentralistisch organisierter Struktur auftrat, wurde in der Vergangenheit erreicht, daß sehr viele Werktätige völlig gleichgültig für Belange der Produktion wurden und sich keinerlei Gedanken zum effektivem Einsatz ihrer Arbeitskraft mehr machten.

Aus Protest gegen das sich selbst korrumpierende System der Berufsfunktionäre im FDGB sind viele Mitglieder inzwischen ausgetreten und sprechen der Gewerkschaft das Recht ab, für die Interessen aller Werktätigen dazusein. Inzwischen versuchen neue Kräfte, die Gewerkschaften in selbständigen Industriegewerkschaften zu neuem Leben zu erwecken. Der FDGB soll dann nur noch eine freie Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften sein, ohne den großen Beamtenapparat und ohne zentralistische Weisungsgewalt.

Parallel dazu entstanden in der DDR erste Betriebsräte. In Berlin gibt es derzeit in 5 Betrieben oder Einrichtungen nach unseren Informationen Betriebsräte oder Räte mit ähnlichem Namen. In weiteren 7 Betrieben werden die Wahlen vorbereitet. Diese Räte haben die Aufgabe, eine kollektive Interessenvertretung der Belegschaft gegenüber der Leitung wahrzunehmen, und sind angetreten, in der schwierigen Zeit gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung der Betriebe zu übernehmen.

Sie arbeiten ausnahmslos ehrenamtlich und sorgen für eine demokratische und für alle transparente Entscheidungsfindung. Die Räte nehmen jetzt besonders allgemeine Fragen der Betriebsentwicklung wahr, also Fragen der Umstrukturierung, der Ausrichtung der Betriebe auf die Marktwirtschaft, der Verhandlungen mit westlichem Kapital und der Aufteilung der betrieblichen Mittel. Das bedeutet, in den Räten beginnen die Werktätigen erstmalig in der Geschichte der DDR als Eigentümer der Betriebe selbstbewußt zu handeln. Dabei ist das nicht das Kopieren des BRD-Systems von Betriebsrat und Aufsichtsrat. Unsere Räte gehen in der Mitbestimmung viel weiter. Sie setzen die Tradition der Betriebsräte in Deutschland 1945 bis 1948 fort.

Unsere Situation ist in einigen Punkten ähnlich dem damaligen Neubeginn 1945. Die Betriebsräte sind wiederum ein ganz wichtiges Mittel, um überzentralisierte Machtstrukturen in den Betrieben zu überwinden und die Werktätigen in den Prozeß der Leitung und Planung demokratisch einzubeziehen.

Ich hoffe, daß die jetzige FDGB-Führung das bald erkennt und sich durch den Kampf gegen das Entstehen von Betriebsräten nicht noch länger dem Verdacht aussetzt, alte Privilegien zu verteidigen.

Frank Täubner

Die Rechnung mit dem Kindergeld geht bei Preisvergleich nicht auf

Sozialabbau beginnt bei Frauen und Alleinerziehenden

Wieder einmal sind wir mit beschlossenen Maßnahmen der Regierung konfrontiert, die einen ersten Schritt in Richtung Sozialabbau manifestieren, der vor allem zu Lasten der in der Regel ohnehin schlechter verdienenden Frauen mit Kindern geht. Die in den Zeitungen vom 13. 1. 1990 angeführten Beispiele für den Abbau der Subventionen bei Kinderkleidung und -schuhen sehen in der Mehrzahl Preiserhöhungen über 100 Prozent vor. Die beigefügten Erläuterungen suggerieren einen vollständigen finanziellen Ausgleich durch eine Erhöhung des Kindergeldes.

Die veröffentlichte Gegenüberstellung von 2,05 Milliarden Subventionen zu 2,1 Milliarden Zuschüsse zum Kindergeld läßt sich nicht erklären, wenn aus einem ersten Preisvergleich (Vergleichszeitraum 1 Jahr für ein Schulkind) ein Mehraufwand von 1000,— M hervorgeht, dem ein Zuschuß von 540,— M jährlich gegenübersteht.

Ganz besonders wird sich dieses Ergebnis verfehlter Wirtschaftspolitik auf die soziale Situation Alleinerziehender auswirken, die häufig auf Grund ihrer familiären Situation zu den schlechter verdienenden Berufsgruppen gehören (z. B. weil sie nicht in Schichten arbeiten können, begrenzte Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung haben und wegen Krankheit der Kinder finanzielle Einbußen in Kauf nehmen müssen).

Da außerdem weitere Preiserhöhungen (z. B. Mieten und Grundnahrungsmittel) zu erwarten sind, die sie wiederum vorrangig belasten werden, protestieren wir entschieden gegen einen Abbau von Subventionen zu Lasten der sozial Schwachen.

Wir fordern:

1. Bevor entsprechende Maßnahmen und Verordnungen beschlossen werden, müssen die Betroffenen in Zukunft die Möglichkeit erhalten, ihre Erfahrungen und Vorstellungen in eine breite öffentliche Diskussion einzubringen.

2. Um soziale Härten für Alleinerziehende zu verhindern verlangen wir eine den Preiserhöhungen entsprechende Anhebung der monatlich zu zahlenden Unterhaltskosten. Dabei sollte ein Mindestbetrag festgelegt und eine Staffelung entsprechend dem Nettoverdienst des/der Zahlenden erfolgen.

3. Darüber hinaus fordern wir für alle eine adäquate Anhebung des Kindergeldes, da die Preiserhöhungen bei Kinderbekleidung und Schuhen nicht durch den Zuschuß von 45,— M bzw. 65,— M ausgeglichen werden. Gegenüber dieser einfachen Staffelung schlagen wir vor:

- 0— 4 Jahre 70,— M
- 5— 8 Jahre 80,— M
- 9—13 Jahre 100,— M
- ab 14 Jahre 140,— M

Außerdem fordern wir eine automatische Anpassung des Kindergeldes an die Inflationsrate.

Lila Offensive (UFV)
Rote Rosa (VL)

Antimilitaristisches Seminar Ost - West

Kampagne gegen die Wehrpflicht?

am 9.-11. Februar 1990

in Berlin; wahrscheinlich Berlin-Ost

Ziel des Treffens ist es, einen ersten gemeinsam Austausch zu ermöglichen - einen Austausch zwischen Leuten, die gegen die Wehrpflicht und gegen die Armee arbeiten. Handlungsbedarf besteht sowohl in der BRD wie auch in der DDR.

Auf DDR-Seite gibt es zur Zeit eine Diskussion um den Zivildienst. Die Volkskammer will noch vor den Wahlen am 6. Mai einen Zivildienst als Alternative zum Dienst in der Nationalen Volksarmee einführen. Pate steht dabei der Zivildienst nach bundesdeutschen Muster. Es gibt bereits Freiwillige, die den Zivildienst in einzelnen Einrichtungen schon ausprobieren.

Auf bundesdeutscher Seite ist die Armee in eine Legitimationskrise geraten. In einer solchen Situation besteht die Chance, über eine Infragestellung der Wehrpflicht diese tatsächlich abzuschaffen. Gelänge dies, dann wäre dem Militär ein wichtiges Instrument genommen, das ihm den Zugriff auf Menschen erst ermöglicht.

In dem Seminar sollen Einschätzungen über die Lage im "eigenen" Land ausgetauscht werden. Weiterhin: Gibt es gemeinsame Handlungsmöglichkeiten? Wird eine kontinuierliche Zusammenarbeit gewünscht? Wie kann sie aussehen?

Das Seminar wurde vorbereitet von Mitgliedern der Graswurzelgruppe und der Informations- und Aktionsstelle zur Totalverweigerung in Berlin-West und von Leuten aus der Umweltbibliothek in Berlin-Ost.

Das vorläufige Programm lautet:

Freitag 18 h Eintreffen und gemeinsames Abendessen

20 h Kurzvorstellung der anwesenden Gruppen,
Besprechung des Programms

Samstag 10 h Referate zur aktuellen Situation in Ost und West

danach Vorstellung der Gesprächskreise

13 h Sechs Gesprächskreise

1. Funktion der Wehrpflicht. Ost-West-Vergleich
2. Frauen und allgemeine Dienstpflicht
3. Gemeinsame Aktionen
4. Gemeinsame Arbeitsstruktur
5. Gemeinsame Erklärung
6. Gemeinsamer Kongreß

nach Interesse gibt es weitere Gesprächskreise zu: - Patriarchat,
- Infoladenstruktur, - etc.

abends lockeres Beisammensein, ev. mit Kulturprogramm

Sonntag 10-12 Informationsplenum oder gemischte Gesprächskreise

14-16 Gemeinsames Plenum

Anmeldungen für die BRD: Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 5000 Köln 60

für die DDR: Umweltbibliothek, Griebenowstr.16, Berlin 1058

STELLUNGNAHME DER ANTIFA - BASISGRUPPEN

Mit wachsender Besorgnis registrieren wir die zunehmende Aktivität rechtsextremistischer Gruppierungen in der DDR.Mit der gleichen Besorgnis beobachten wir aber auch die rapide Vergrößerung des rechten Potentials in der Bevölkerung.Da sind die zahlreichen Graffity (SS- SA;Hitler ist geil;Unsere Ehre heiOt Treue;Hakenkreuze und Wiking-Symbole),da sind jedoch auch die massierten Drohungen,die den Antifas mündlich und schriftlich zugehen.In diesem Zusammenhang ist uns die Entscheidung über das Fußballtunier in der Werner -Seelenbinder -Halle vom 18. -21. Januar 90 unverständlich.Eine Kombination von Hertha,Blau -Weiß,Bfc und Union muß zu Ausschreitungen führen.Hertha -Frösche und andere rechte Fan -Clubs haben bereits Prügelaktionen angekündigt,die sich gegen Antifas,besetzte Häuser und die Umweltbibliothek richten sollen.Ähnlich dürfte der Ausgang des "ersten deutsch -deutschen Fußballderbys" im Olympiastadion am 27.1. aussehen.30.000 Anhänger des 1.FC Union sind geladen;wenn davon nur 5% randalieren,kann die Situation brenzlich werden.Möglich sind Ausschreitungen noch auf dem Gebiet von Berlin (West).Gewalttätige Faschos pflegen seit der Öffnung der Grenzen z.B. in Kreuzberg "Türken zu klatschen".Dabei wird der Grenzübergang Oberbaumbrücke benutzt.
Für den 30.1.90 ist eine Massenaktion gegen Antifaschisten in Berlin (Ost) angekündigt worden.Beginnen soll der Spuk,für den es schon detallierte Opferlisten geben soll,früh um 5.00 Uhr.Obgleich es sich hierbei um ein Gerücht handeln kann,mit dem Angst und Hysterie -von wem auch immer- geschürt werden sollen,sind wir stark beunruhigt.
In Sorge sind auch viele ausländische ArbeiterInnen und StudentInnen,die sich immer mehr angefeindet sehen.Uns ist ein Fall in Leipzig bekannt,bei dem eine junge Äthiopierin in ihrer Wohnung überfallen und zusammengeschlagen wurde.Lateinamerikanische StudentInnen der Humboldt -Universität spielen bereits mit dem Gedanken ihrer Rückkehr in die Heimat.
Wir sind erstaunt,wie wenig die Zollorgane unternehmen,um das Einsickern neofaschistischen Schriftgutes zu verhindern.Am Bahnhof Friedrichstraße war es am 10.1. möglich,offen vor den Augen von drei Mitarbeitern des Zolls Zeitungen und Flugblätter der Reps in die DDR einzuführen.

Es müßte dringendst geprüft werden,ob die szeneinternen Informationen über die Mitgliederzahlen der Reps in Berlin (Hauptstadt) den Tatsachen entsprechen.Man/frau spricht hierbei konkret von Hellersdorf=200,Malzahn =800.Uns ist in diesem Zusammenhang eine Information zugegangen,nach der sich am 6.1. in Rudolstadt eine den Reps zumindest nahestehende Partei konstituiert hat. (Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter ist erfolgt.) Diese Partei hat für den 8.Mai,also parallel zu den Westberliner Reps,einen Programmparteitag einberufen.

Bedrohlich scheint uns auch weiterhin die Faschoszene in Weimar.Es kann doch nicht angehen,daß in der Stadt der deutschen Klassiker ganze Stadtteile von Neonazis terrorisiert werden.

Die Antifa -Gruppen der DDR sind dabei,ihre Arbeit zu koordinieren.Wir brauchen Unterstützung,d,h. Druckkapazitäten,sichere Räumlichkeiten,Platz in den Medien.Wir brauchen jedoch keinen ritualisierten Antifaschismus.

Wir möchten uns an dieser Stelle entschieden dagegen verwahren,in eine linksradikale Schublade einsortiert zu werden,wie es leider am Berliner Runden Tisch (10.1.) anklang.Wir stehen links,sind prinzipiell gegen Gewalt,was aber nicht heißt,daß wir abwarten,bis man uns die Türen eintritt oder gezielt auf der Straße überfällt.Gefährlich erscheint uns auch der zunehmende Demonstrationstourismus,der sich eindeutig gegen alle Linken und AntifaschistInnen richet.Wenn dann dabei noch eine Hymne des "4. Deutschen Reiches" erklingt,müßte jeder /jedem klar sein,welche Kräfte da am Wirken sind.

Wir erklären unsere Bereitschaft zum Zusammengehen mit allen AntifaschiastInnen.Gerade in der Basis der Antifa spürt man die offene Bedrohung am deutlichsten.Wir wollen keine Panik verbreiten,die "neue Rechte" ist äußerst differenziert zu betrachten,aber wir müssen der realen Gefahr auch ins Auge sehen.
Wehren wir den Anfängen,damit uns die Welle von Nationalismus,Fremdenhaß und Gewalt nicht überrollt !

ANTIFA Koordinationsausschuß
Berlin am 12.1.90

" MANY ATTRACTIONS IN DIFFERENT UND DIFFICULT DIRECTIONS FOR SATISFACTION"

Unter diesem Motto hatte der schon mehrfach in Aktion getretene Atomkraftgegner aus dem "demonkratisch sozialistischen" Salzwedel, Peter Vogel, zu einem Samstagsspaziergang an den Atomanlagen in Gorleben eingeladen und es kamen mehr, als er und auch die grünen Beobachtungsposten an diesem 13. Januar 1990 erwartet hatten. Die ca. 150 Spaziergänger fanden die vorgegebene Idee einer Rallye zu Fuß mit verschiedenen Aufgaben gut, und flott konnte es nach erfolgter Materialausgabe in vier Gruppen von verschiedenen Ausgangspositionen losgehen. Es wurde gemessen, ausprobiert, geworfen, überprüft und auch neue Fragestellungen aufgenommen. Obwohl aus antiautoritären Gesichtspunkten keine Schiedsrichter vorgesehen waren, übernahm diese Rolle spontan die Popelei mit je einem Bulli. Da sie aber die vorgegebenen Aufgabenstellungen nicht kannten, diskutierten Sie oft, ob jene oder jene Begutachtung, technische Überprüfung oder Materialtest überhaupt im Ablauf so vorgesehen war. So jedenfalls wurde unsere Spontanität und auch die sich entwickelnde Lust nicht durch unnötige Zwischenfragen gestört. Gegen Ende der Rallye wurde auf einer kurzen Zwischenbilanz festgestellt, daß einige Teile der zu begehenden Objekte und der dazu gehörenden Befestigungsanlagen nicht mehr funktionstüchtig sind. Der Zaun gab schon nach kurzem Rütteln unterschiedlicher Stärke durch mehrere Personen nach, Die Gegensprechanlage fiel beim Härtetest aus und auch die Flickstellen im Zaun an der Salzhalde öffneten sich nach eingehender Überprüfung wieder. Sicherheitstechnische Mängel führten anscheinend auch dazu, daß ein Bulli der selbsternannten Schiedsrichtercombo seine Heckscheibe verlor. Zivile Oberschiedsrichter verstanden die Gesten der Beteiligten anscheinend falsch, denn als sie stürmisch begrüßt werden sollten, wendeten sie abrupt und fuhren im wilden Zickzackkurs von dannen. Alles Gründe, so meint Peter Vogel, weitere Überprüfungen vorzunehmen. Die Samstagsspaziergänge finden regelmäßig alle 14 Tage statt. Treffpunkt 14⁰⁰ beim Dorn in Auge der Atommaffia in der Nähre vom Traffohäuschen. Da wir bei unseren Beobachtungen feststellen konnten, daß ein Baubeginn der Pilotkonditionierungsanlage bevorsteht (Baucontainer, Stacheldraht usw.) würden wir uns über verstärkte Beteiligung und Aufmerksamkeit aus den Zentren freuen. Vorsorglich ist auf dem Geddelitztreffen zu einer Demonstration am 3. Februar um 14 ^{00} ab Geddelitz zu den Atomanlagen aufgerufen worden. Tenor auch der Verlautbarungen der örtlichen BIs ist " Wir werden vor Baubeginn das Gelände besetzen". Also bereitet euch vor und kommt zahlreich. Übernachtungsmöglichkeiten sind zu erfragen in Meuchefitz Nr. 12, Telefon 05841/5977.

HEUTE GEHT'S RUND! um die anlagen

Du fragst mich, was soll ich tun? Und ich sage: Lebe wild und gefaehrlich, Artur.

KOMMT MAASENHAFT, EGAL OB AUS OST ODER WEST.

AM SAMSTAG DEM 3. FEBRUAR 1990 um 14 ^{00} AB GEDDELITZ GEGEN DIE ATOMANLAGEN



Prozeßerklärung zum Prozeß wegen des Angriffs auf 3 Faschisten am 20.04.1989 in Bielefeld

Das ist ein politischer Prozess, es geht hier um eine antifaschistische Aktion, auch wenn Gericht und Staatsanwaltschaft daran gelegen ist, nur von gefährlicher Körperverletzung u.ä. zu reden. Diese juristischen Abstraktionen dienen der Entpolitisierung und zielen auf Kriminalisierung. Dem ist entgegenzutreten - darum geht es jetzt.

Was ist passiert?

Am 20.04.1989 feierten die Faschisten in dem Zentrum der Nationalistischen Front (NF) in Bielefeld,in der Bleichstr. 143, den 100sten Geburtstag des Anstreichers, ihres Vorbildes und Führers Adolf Hitler. Die Feier steht im Zusammenhang mit den Aktivitäten faschistischer Organisationen und Gruppen, vor allem in Westeuropa. Diesen Tag galt es zur Manifestation ihrer Ideologie und Demonstration ihrer politischen Präsenz angemessen zu begehen.

In der in verschiedene Regionen aufgeteilten BRD hatten mehrere KAH's* die Aktivitäten der jeweiligen Faschisten und ihren Organisationen zu koordinieren. Die Feier in der Bleichstraße wurde von den Aktivisten der NF angekündigt, u.a. in einer der lokalen Tageszeitungen, der sozialdemokratischen "Neuen Westfälischen". Hierfür wurden auch mit der von dem Sozialdemokraten Kruse geführten örtlichen Polizei entsprechende Schutzmaßnahmen vereinbart.

Aber nicht der 20.04.1989 als Datum ist wesentlich, sondern der Zusammenhang in dem er steht.

Was die Faschisten unter "angemessen begehen" verstehen, läßt sich leicht mittels eines Rückblicks auf vergangene Jahre erschließen: Provokative Aufmärsche, Fahnenumzüge und Überfälle. Überfälle zum einen auf besetzte Häuser, linke Läden und fortschrittliche Projekte, zum anderen auf AusländerInnen, AsylantInnen, Punx etc. Das alles nicht nur irgendwo, weit weg, sondern auch hier. In Bielefeld.

Die Bielefelder NF - und nicht nur die - sondern auch die FAP, Ostwestfalenterror und Blue Caps sind nicht untätig. Sie überfielen einzelne Punx in der Stadt, griffen den Möllerhof und das von Punx bewohnt Haus am Bahnhof an. Letzter Höhepunkt ihres Terrors war der Einsatz eines Mordkommandos am 17.08.89 auf dem Kesselbrink vor dem Polizeipräsidium. Die 17 Faschisten Zoldan Baronfeind, Michael Denk, Sera Donato, Kai Uwe Fenger, Nicole Gerdener, Hans Jürgen Husemann, Ulrike Horn, Christian Hackbarth, Thomas Hainke, Andreas Fliege, Ulf Kietzmann, Silvia Milde, Thorsten Mittelstädt, Lothar Schürfeld, Bernd Stehmann, Michael Voges und Marc Weinschütz überfielen unter den Augen der Polizei eine kleine Gruppe von Punx. Resultat: 3 schwerverletzte Punx.

Die Faschisten wollen die Punx vertreiben, den Kamphof stürmen, alle fortschrittlichen und linken Projekte zerschlagen, AsylantInnen und AusländerInnen vertreiben. Diese Positionen treffen sich mit denen der etablierten Parteien (z.B. Wahlkampfpropaganda der FDP zu den Kommunalwahlen Bielefeld 1989); diese Positionen treffen sich dementsprechend auch mit den diese Politik ausführenden Organen, wie z.B. der Polizei.

Es waren auch die Faschisten, die in Bielefeld am Infoladen Anschlag mehrere Transparente abrissen und verbrannten, u.a. das Transparent zur Westeuropäischen Front und Internationalismus des revolutionären Kampfes. Es waren die Faschisten, die in Göttingen am Jugendzentrum das Transparent zum Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand für ihre Zusammenlegung in eine oder zwei große Gruppen verbrannten. Die Angriffe von Faschisten und Hooligans auf die Hamburger Hafenstraße werden überregional koordiniert; die Bielefelder NF mobilisiert in Ostwestfalen und Münsterland.

Die Faschisten machen, was die Polizei nicht, oder noch nicht darf: die Drecksarbeit. Falls Ermittlungsergebnisse vorgezeigt werden müssen, um die Rechtsstaatlichkeit zu wahren, dann stellt sich in schöner Regelmäßigkeit heraus, daß der Nazi, der da geopfert wird, angeblich ein unpolitischer Einzeltäter ist.

Faschistischer Terror unterliegt "tendenziell dem gleichen Interpretationsschema:

- die Täter werden für kaum zurechnungsfähig erklärt;
- man betont die Einzeltat;
- die rechtsextreme Irrläuferei (wird) wenn moglich der heimlichen Identität mit der Linken geziehen ..."(FAZ)

Dazu ein paar Beispiele:

Gundolf Köhler, ehemaliges Mitglied der paramilitärischen Wehrsportgruppe Hoffmann führte einige Tage vor der Bundestagswahl am 05.10.80 den Sprengstoffanschlag auf dem Münchener Oktoberfest aus, bei dem er selbst um's Leben kam. Nur die "Neue Züricher Zeitung", bezeichnenderweise keine bundesdeutsche Zeitung, stellte grenzüberschreitend die Frage:" ob der Sprengstoffanschlag ... nicht doch als ein blutiges Signal zur Wahlkampfbeeinflussung geplant war.

*Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100sten Geburtstag A. Hitlers eigentlich aber: Das Komitee Adolf Hitler ist eine Tarnorganisation, die 1984 gegründet wurde von Kühnen, Brehl und Mosler während eines Besuches in Madrid bei dem, in Belgien zum Tode verurteilten, Altfaschisten Léon Greile. Dieses Komitee beschäftigt sich mit Aufbauarbeiten, ist organisiert wie ein Geheimorden mit paramilitärischer Führungsstruktur. Mitglieder sind u.a. die ehemalige Wehrsportgruppe und der Ordnungsdienst OD. Die FAP gehört zum legalen Teil der Komitees (als Indiz: ein gemeinsames Konto von FAP und KAH bei der Kreissparkasse Borken).

Der Chef besagter Wehrsportgruppe, Karl-Heinz Hoffmann, ist verantwortlich für die Ermordung des jüdischen Verlegers und Vorsitzenden der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Paschke am 19.12.1980 in Erlangen (Nach Aussage eines ehemaligen Mitglieds der Wehrsportgruppe). Er erteilte den Auftrag an seinen engsten politischen Mitstreiter Uwe Behrend.

Hoffmann wurde nur wegen diverser Banalitäten verurteilt und wegen guter Führung im Herbst 1989 vorzeitig entlassen.

NF-Mitglied Josef S. zündete ein Wohnhaus in Schwandorf/Oberbayern an, das vorwiegend von TürkInnen bewohnt war.Hierbei verbrannten vier Menschen.

Diese Aufzählung läßt sich beliebig fortsetzen. Die FAZ hat recht. Alles kaum zurechnungsfähige Einzeltäter, alles politisch Verwirrte bzw. Unpolitische.

So wird dann auch der Überfall der Faschisten auf die Punx in Bielefeld entpolitisiert. Übrig bleibt ein Nazi in U-Haft, alle anderen befinden sich auf freiem Fuß. Der, den sie da in den Knast gesteckt haben, wird wohl aller Erwartung nach auch nichts Schlimmes zu erwarten haben. Vier Wochen Jugendarrest höchstens; zumindest wenn man sich an dem Hannoveraner Urteil orientiert. Hier hat ein Faschist gemeinsam mit anderen einen Hausbesetzer überfallen und dem am Boden liegenden ein Messer in den Rücken gestochen. Das Opfer schwebte wochenlang in Lebensgefahr.

Dieser Überfall wurde von Thomas Hainke geleitet, dem engen Vertrauten Michael Kühnens und Gauleiter der FAP in Ostwestfalen, also regionaler Chef der Faschisten. Thomas Hainke läuft immer noch herum.

Die Bielefelder NF erweckt den Eindruck, wer in ihre Partei eintritt, bekommt eine Lehrstelle, nach Möglichkeit die gewünschte; letzteres sei jedoch nicht in allen Fällen zu gewährleisten. Verständlich, denn schließlich ist die NF noch nicht mit den Arbeitgebern vereinigt; ein attraktives Angebot allemal.

Eine bestimmte Kapitalfraktion, die einen Teil ihrer Interessen durch die NF vertreten sieht, bedient sich der NF und anderer faschistischer Organisationen als Werkzeug. Daher kommt das Geld und die Kreditzusagen für die Hauskäufe und ähnliche kapitalintensive Aktionen. Wer zu dieser Fraktion gehört, läßt sich unschwer ermitteln, man muß lediglich eine Liste der Arbeitgeber der Faschisten lesen - ein feiner Club.

Das Kapital braucht ungestörte Herrschaft. Die Demokratie ist der originäre Ausdruck des entwickelten Kapitalismus und ein Großteil des Kapitals sieht sich in ihr bestens aufgehoben. Eine breite Masse gibt regelmäßig alle vier Jahre unwiderruflich seine Stimme ab, mit denen eine geschlossene Gesellschaft demokratischer Weißkragen dann die Geschäfte des Kapitals organisiert. Grundsätzlich hat das Kapital immer Interesse daran, alle von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte zu eliminieren.

Interesse an reaktionärer Politik mit offen faschistischem Charakter hat vor allen Dingen eine Fraktion des Kapitals, die eher kleinen und mittleren Handwerks- und Industriebetriebe, die einem außerordentlichen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Die arbeitsintensiven Produktionsbetriebe, denen an einer möglichst differenzierten Spaltung der Arbeiterschaft gelegen ist, um eine einheitliche Interessenvertretung des Proletariats zu verhindern. Der Druck der Konkurrenz wird auf die ArbeiterInnen abgewälzt.

Rassismus wie auch Sexismus zielen darauf, die Differenzierung, Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse zu vertiefen. Die Aufspaltung in vielfältige Sondergruppen: Männer - Frauen, Deutscher - Ausländer, Qualifizierte - Unqualifizierte, etc. sind das Ergebnis dieser Politik. Diese Kategorien sind in der Realität noch vielfach verwoben und zergliedert. Als Beispiel: die unqualifizierte türkische Arbeiterin. Diese Aufspaltung soll die Grundlage eines gemeinsamen Kampfes vergessen machen: Daß alle, die nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, gemeinsame Interessen haben und diese nur im gemeinsamen Kampf durchgesetzt werden können.

Das Interesse der Herrschenden zu spalten ist groß, ebenso die Angst, die Arbeiterklasse könnte ihr eigenes verfolgen. Die Durchsetzung proletarischer Interessen zu verhindern, ist Ziel des Gesamtmodells sozialer Kontrolle, einer wissenschaftlich erforschten und organisierten Struktur zur Konditionierung zum Zwecke der Herrschaftssicherung.

In der Praxis ein System ausgeklügelter Maßnahmen, basierend auf sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, um die Kontrolle über die proletarische Klasse aufrechtzuerhalten.

Entschärfung von Krisensituationen ist die demokratische Variante der Herrschaft; statt Klassenkampf die Einführung von Gewerkschaften und Streikrecht, um dem grundsätzlichen Konflikt seine Wucht zu nehmen. Solange der Konflikt im vorgegebenen Rahmen stattfindet ist er toleriert, ja sogar erwünscht. Die Widerspruchsformen darüber hinaus werden denunziert und verfolgt, sprich: sind strafbar.

Kriminalisierung zielt auf Spaltung. Die Herrschenden haben nur die Möglichkeit auf formale Aspekte einzugehen, wie z.B. die Gewaltfrage, an der sich exemplarisch die Wirkungsweise von Spaltung nachvollziehen läßt. Sie versuchen wohl, inhaltliche Differenzen zu diesem Zweck zu instrumentalisieren, was aber Versuch bleibt und keinesfalls Bedingung ist. Wenn Sie erfolgreich sind, d.h. Distanzierungen stattfinden, verlagert sich innerhalb der Linken die inhaltliche Auseinandersetzung auf eine formale Ebene.

Kriminalisierung geht mit Bedrohung einher. Nicht mehr die inhaltliche Auseinandersetzung und deren Umsetzung in revolutionäre Praxis steht im Zentrum, sondern die Bedrohung durch staatliche Repression. Resultat ist die Individualisierung des Klassensubjekts; Klassenkonflikte verkommen zu individuellen Problemen.

Kapitalistisches Bedürfnis ist es sehr wohl, Reglementierungen als Strukturen festzuschreiben, ohne den Grundkonflikt - oder besser - den Hauptwiderspruch zwischen Proletariat und Kapital zu lösen. Diese angebliche Festschreibung ist nichts anderes als der ständige Versuch, den proletarischen Kampf mit riesigem Aufwand in Schach zu halten.

Die aus den Arbeits- und Reproduktionsbedingungen resultierende Aggression und Frustration wird kanalisiert und somit gegen die eigenen Interessen gewendet. Die Hetzkampagnen gegen gesellschaftliche Minderheiten und Randgruppen verdeutlichen das immer wieder.

Die politischen Zeichen stehen seit Jahren auf Sturm. Abbau der Arbeitnehmerrechte, Angriff auf die Streikautonomie seitens des Staates, Aushebelung des Streikrechts, steigende Arbeitslosenzahl, steigende Anzahl an SozialhilfeempfängerInnen, Wohnungsnot, die große Umverteilung zugunsten der Bourgeoisie, die sogenannte Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform etc. auf der einen Seite - Hochkonjunktur und d.h. Superprofite auf der anderen Seite.

Der nächste Schritt ist die Installierung eines einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftsraumes - EG '92. Wahr wird nun, mit 50 Jahren Verspätung, wovon das deutsche Kapital '39 geträumt hatte, wofür damals die Welt mit faschistischem Krieg und Terror überzogen wurde. Heute geht das anders. Nutznießer ist nicht nur das deutsche Kapital, sondern das multinationale, das politisch exekutieren läßt, was ökonomisch längst Fakt ist. Die Widersprüche, die aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zum Zwecke der Kapitalakkumulation entspringen, sollen politisch aufgefangen, abgefedert werden. Unter anderem durch eine Entwicklung, die sich als Militarisierung der Gesellschaft bezeichnen läßt: der Ausbau des Überwachungs- und Sicherheitsapparates, der legalen und extralegalen Repressions- und Einschüchterungsdienste, wird zum Zentrum bürgerlicher Innenpolitik. Diese zielt zwar augenscheinlich auf jene fortschrittlichen Gruppen als mögliche Initiatoren gesamtgesellschaftlich wirksamer Entwicklungen, zielt aber grundsätzlich immer auf's Proletariat, auf proletarisch-revolutionäre Interessen.

Darin haben die Faschisten ihren Platz. Sie sind ein Moment im Herrschaftskonzept des Kapitals. Die Faschisten haben die Funktion einer extralegalen Einheit, von Terrorkommandos, die die politischen Aufgaben übernehmen und ausführen, welche die staatliche Exekutive mit Rücksicht auf die demokratische und rechtsstaatliche Fassade nicht vollstrecken sollen.

Die Hetzkampagnen gegen AusländerInnen und AsylantInnen sind anschauliche Beispiele. Die politischen Lakaien des Kapitals, die Bundesregierung und ihre untergeordneten Marionetten, inszenieren seit Jahren mit Hilfe der Medien rassistische Kampagnen, die weit in alle Bevölkerungsteile hinein Wirkung zeigen. Diese politischen Hetz- und Einschüchterungskampagnen werden flankiert durch eine rigorose, oft tödliche Ausweisungs- und Abschiebepraxis von BGS und Gerichten; flankiert aber auch durch Überfälle auf Wohnheime von AsylbewerberInnen, Anschläge auf ausländische Gaststätten, Geschäfte, Vereinsräume, etc. durch Faschisten. Sie setzen die Kampagne in die Tat um, handeln als ein Teil davon.

Sie zielt auf die Herstellung eines in Angst und Schrecken lebenden, daher besonders willfährigen, weil rechtlosen und und ausbeutbaren Arbeitskraftepotentials. Eine weitere Stoßrichtung zielt auf die revolutionären Kräfte. Von den Angriffen auf besetzte Häuser, Infoläden, Jugendzentren etc. war schon die Rede. Diese Angriffe sollen die revolutionäre Bewegung materiell treffen und schwächen, die Entwicklung zu einer politisch relevanten Kraft behindern. Es wird nicht nur mit der staatlichen Repression, dem Terror der Sondereinheiten der Polizei, der Kriminalisierung und mit Isolationsfolter gedroht; immer deutlicher wird die Bedrohung auch von Seiten der Faschisten. Nicht zuletzt die Aussage der Bielefelder NF, die Straße müsse erobert werden, um es den Roten zu zeigen, verdeutlicht, worauf faschistische Politik gerichtet ist.

Organisierte Gegenwehr in Form von antifaschistischen Aktionen ist das einzige Mittel, den sich formierenden faschistischen Kräften entgegenzutreten. Die während der faschistischen Provokationen am 20.04.1989 in vielen Städten der BRD von antifaschistischen Gruppen initiierten Aktionen waren Anlaß für die bürgerliche Presse, dagegen und somit gegen die antifaschistische Arbeit insgesamt, eine Hetzkampagne zu inszenieren. Diese Hetze basiert auf dem durch die ewige öffentliche Wiederholung so gut wie durchgesetzten Modell der Gleichsetzung von rechts und links und in der Konsequenz dann dem Beklagen der Schärfe der Konfrontation. Dieses Modell soll glauben machen, zwischen den Polen rechts und links sei der Staat jene Mitte, die die Masse, die Mehrheit der Menschen, vertrete. Die derart als Radikale Gleichgesetzten seien unterschiedslos zu bekämpfen. Das ist eine bewußte Irreführung, um den Menschen in der jetzigen Gesellschaft den Zugang zur Erkenntnis ihrer Situation, der Situation ihrer Klasse zu versperren. Dieses konformistische Hirngespinst des "wir alle in einem Boot", nämlich dem des treuen Staatsbürgers ist Augenwischerei. Die Wirksamkeit ist verblüffend, aber auch niederschmetternd. Die psychologische Kriegsführung der Bourgeoisie hat Wirkung und ist ein eminent wichtiger Aspekt ihrer Herrschaftsstrategie; der Herstellung von Loyalität und Gleichgültigkeit.

Die Bourgeoisie verteidigt ihre Macht, ihre Herrschaft mit allen Mitteln. Eines ihrer Mittel sind die Faschisten. Wenn diese verstärkt angegriffen werden, läuten bei den Bourgeois schon die Alarmglocken. Denn revolutionäre Politik ist nicht allein, die Faschisten zu schlagen, sondern vor allen Dingen die Verhältnisse ihrer Protagonisten und Nutznießer zu zerschlagen, also die Herrschaft von Bourgeoisie und Kapital zu brechen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Der Kampf gegen die Faschisten muß praktisch in der offenen Konfrontation geführt werden. Die Eroberung der Straßen, also der alltäglichen und allgegenwärtigen Präsenz darf den Faschisten nicht gelingen. Die Auseinandersetzung ist mit allen Mitteln zu führen, denn die Geschichte - auch die gegenwärtige - lehrt, daß solchen Leuten nur mit Entschlossenheit und Stärke wirkungsvoll zu begegnen ist.

Dazu bedarf es einer antifaschistischen Einheitsfront, die ge- und entschlossen, also mit allen fortschrittlichen und klassenbewußten Gruppen und Personen einen politischen Prozeß forciert, der die Grundlagen und Bedingungen schafft, daß die Bourgeoisie nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich der Faschisten zu bedienen.

Die gesamte Breite antifaschistischer Politik ist notwendig; politische Agitation, Organisierung antifaschistischer Aufklärung, Organisierung von Selbstschutz, d.h. der Abwehr fa-

schistischer Provokationen und Angriffe. Organisierung antifaschistischer Aktionen, etc.pp.

Alle sind gefordert.

Von diesem Staat ist nichts anderes zu erwarten. Er ist Partei. Statthalter der Bourgeoisie und des Kapitals, Vertreter ihres Klassenstandpunktes. Faschismus ist für sie nur eine Form ihres Herrschaftssystems. Dementsprechend ist die Forderung nach antifaschistischer Politik an diese Adresse gerichtet zwecklos.

Da Recht die Frage der Macht ist, herrschendes Recht das Recht der Herrschenden, bleibt - ohne ausführlicher zu werden - festzustellen, daß diese Justiz nicht im Namen des Volkes zu sprechen berechtigt ist. Sie spricht im Namen der Bourgeoisie. Das gilt auch für dieses Amtsgericht und auch für diesen Vorsitzenden. Ein Urteil über eine, über diese antifaschistische Aktion steht ihnen nicht zu.

Die Justiz steht für die Kontinuität des Staatsterros im Klassenkampf. Dazu nur kurz: Bis ins Jahr 1946 kamen Anfragen verschiedener Strafverfolgungsbehörden an das bereits seit 1945 geschlossene Amtsgericht Leipzig, was mit noch nicht geschlossenen Akten, Eingaben, etc. geschehen sei, die Terrorprozesse der NS-Sondergerichte sollten rechtskräftig fortgeführt werden.

Da 93% des Justizpersonals der NSDAP angehört hatte, erwies sich die Entnazifizierung als unlösbares Problem. Für jeden unbelasteten Richter durfte ein belasteter eingestellt werden und ab Juni 1946 wurde selbst diese Beschränkung aufgehoben. Bereits 1948 waren 30% aller Gerichtspräsidenten und 80-90% aller Landgerichtsdirektoren und -räte wieder NSDAP'ler, Nazis. Darin, "in der Rückkehr der Parteimitglieder zu Macht und Einfluß" sah selbst der amerikanische Hochkommissar McCloy den "Beweis dafür, wie wenig sich geändert hat".

Das am 11. Mai 1953 beschlossene und rückwirkend zum 01. April in Kraft gesetzte 131'er Gesetz schrieb die schon weitgehend beendete Integration der Nazi-Beamten gesetzlich fest. Es gab, vor allem nach einer Novellierung im August 1953, allen NS-Staatsdienern einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung und außerdem das Recht, ihre Bezüge für die Zeit der Nichtbeschäftigung nachzufordern. Daneben verpflichtete das Gesetz sämtliche öffentlichen Verwaltungen, mindestens 20% Nazis aufzunehmen. Behörden, die dieser Pflicht nicht nachkamen, hatten Strafen in Höhe der eingesparten Gehälter zu zahlen. Wegen ihres nunmehrigen Rechtsanspruchs und der Quotenregelung mußten Nazis vorrangig vor allen anderen eingestellt werden und so fanden 90% der nach 1945 entlassenen Nazi-Beamten in den Staatsdienst zurück.

Die Nachkriegsjustiz hat bis heute nicht einen einzigen Vertreter ihres Berufsstandes für die verübten Gewaltverbrechen, die angeblich mit Rechtssprechung nichts zu tun gehabt haben, verurteilt. Selbst der Bundesgerichtshof als Nachfolger des Volksgerichtshofes bezeichnet "eine derartige Rechtssprechung" als "Ausnutzung gerichtlicher Formen ... (zum) Terrorinstrument." Konsequent wäre es nach dieser Klassifizierung gewesen, die beteiligten Staatsanwälte und Richter zur Rechenschaft zu ziehen. Jedoch ganz im Gegenteil, die bis 1945 herrschende Rechtssprechung wurde nach der Kapitulation ungebrochen fortgesetzt. Vereinigungsgespräche zwischen KPD und SPD in den von West-alliierten besetzten Gebieten Deutschlands wurden im Juni 1945 verboten, eine Reihe KPD-Funktionäre inhaftiert. Der antikommunistische Terror der Justiz war lediglich einen Monat unterbrochen. Das Verbot der KPD und die Verfolgung der Kommunisten 1956 war der Schlußstrich der von den Nazis in Gang gesetzten systematischen Liquidierung des organisierten proletarischen Klassenkampfes.

Ausnahmegesetze, Vernichtungshaft und Folter sind auch heute Mittel der Rechtspflege, oder genauer wohl: Machtpflege. Die Justiz, eingesetzt gegen den politischen Gegner, gegen die politischen Gefangenen, das ist die Kontinuität und Funktion, von der hier zu sprechen ist. Absicht ist die Entpolitisierung, Kriminalisierung und Einschüchterung. Dem ist zu begegnen.

Ein Urteil dieser Leute interessiert mich nicht.





Die anarchosyndikalistische Zeitschrift "direkte aktion" hat in ihrer Ausgabe vom November/Dezember 1989 (Nr.78) den Reprint einer Ausgabe der Zeitung "Der Syndikalist" aus dem Jahre 1931 abgedruckt. Dort findet sich auch ein Artikel über Herbert Wehner. (senna hoy)

NACHRUF AUF HERBERT W. von 1931

Wehner der Große

Im Laufe der Jahre ist es immer schon vorgekommen, daß Menschen ihre politische Gesinnung ändern. Dagegen kann man kaum etwas einwenden, denn der Mensch lernt eben nie aus. Nur kommt es darauf an, unter was für Umständen und Bedingungen man sich eine andere Weltanschauung zulegt. In unserer Bewegung befand sich schon mancher Feuerkopf, der alles opferte für die Sache des Anarchismus, der aber später umlernte und unsere Bewegung verließ. Doch zeigten sich auch Menschen, die auf Grund ihrer Charakterveranlagung nie fähig waren, Anarchisten zu sein, aber vom ersten Tage an vorgaben, den ganzen Anarchismus nur allein richtig verstanden zu haben. Sie waren meistens Extremisten, denen es schon an der Stirn geschrieben stand, daß sie nur eine Gastrolle spielen werden. So ein typisches Beispiel war Herbert Wehner-Dresden. Heute, nach Jahren, wo ich seine weitere Entwicklung in Ruhe verfolgen konnte, steht fest, daß unsere Vermutung richtig war. Seine Tätigkeit für den Anarchismus währte nicht lange. Nur wenige arbeiteten auf Grund seines herrschsüchtigen Wesens mit ihm. Damals schrieb er Artikel in einer 1926 erscheinenden Zeitschrift „Die revolutionäre Tat". Die Schreibweise zeigte, daß die Kommunisten Handlanger der Reaktion seien, und wir als Syndikalisten wurden, wie schon so oft, als „Reformisten" hingestellt, die nur am Achtstundentag festhalten wollen. Zur Einleitung möchte ich auf eine Notiz hinweisen, die in Nr. 3, Jahrgang 1926, der „Revolutionären Tat" steht.

„Erklärung: In meinem Artikel „Vorbereitung der sozialen Revolution" gebrauchte ich am Schluß das Wort „Syndikalismus". Allen Fragern, die da glauben mochten, ich sei zurückgekehrt zum Anarcho-Syndikalismus, sei gesagt, daß ich das Wort im Sinne von klarem, revolutionärem Kampf im Betriebe gegen den Kapitalismus gebrauchte. Mit der zum Teil opportunistischen FAUD hatte das Wort nichts zu tun. Nach wie vor bin ich Anarchist, nicht Syndikalist. H. W."

Hier zeigte sich schon der Geltungstrieb, der später große Wogen schlagen sollte, bei seiner Tätigkeit als kommunistischer Landtagsabgeordneter. In derselben Nummer finden wir noch einen Artikel von ihm mit der Ueberschrift „Der Zusammenbruch des Kapitalismus". Nachdem das gegenwärtige kapitalistische System kritisiert worden ist, wird über die Parteien gesprochen. Einige Auszüge aus dem Artikel sollen zeigen, was für eine Meinung ihn damals beseelte.

„Wo ist die Kerntruppe der Revolution, die der Arbeiterklasse den Weg weisen wird? — Sozialdemokraten und KPD-Opportunisten sind es nicht, sie verwenden ihre Kraft, um jede revolutionäre Initiative zu unterdrücken." „Doch die KPD versteht es noch, sich revolutionär zu drapieren, sie täuscht noch viele gute Kämpfer und neutralisiert unersetzliche Kräfte. Einst war diese Partei ein Hort der Revolution, heute ist sie lediglich Werkzeug in der Hand der Diplomaten Nep-Rußlands. Um die Rätemacht aufrichten zu können, muß die 3. Internationale zerschlagen werden; denn sie spielt heute, unter veränderten Verhältnissen, die Verräterrolle der sozialdemokratischen 2. Internationale." „Wer an einem Tisch sitzt mit der herrschenden Klasse, der ist ein Konterrevolutionär, mag er auch in Worten radikal sein." „Stalin und seine Nachbeter wollen beweisen, daß sich der Kapitalismus stabilisiert habe; wer den offenkundigen Verrat, der in den Worten liegt, nicht merkt, der wird erst erwachen, wenn ihm der Strick um den Hals gelegt ist." „Die Erwerbslosen rebellieren trotz der Beschwichtigungsversuche der KPD, Rotfrontkämpfer schlichten die Streitigkeiten und betätigen sich als Hausknechte für staatliche Ordnung. Wenn trotzdem die Polizei gegen die KPD-Presse vorgeht, so nur, um den Anschein zu erwecken, als fürchte die Republik die Partei Thälmanns. Dadurch soll das Bollwerk der Konterrevolution, die KPD, vor der Zersetzung bewahrt werden. Aber die Parolenschmiede werfen bereits eine neue verwirrende Losung unter die Massen: Kongreß der Werktätigen. Unsere Antwort ist: Boykott dieses Schwindels, Kampf gegen die neuen Ablenkungsversuche! Was soll der „Kongreß der Werktätigen"? Er kann nur dazu dienen, der an der Zersetzung leidenden KPD neue inflationsgeschädigte Kleinbürger zuzuführen. Jeder Prolet sorge dafür, daß den Thälmännern das Maul gestopft werde. Eine Partei, die schlimmer ist als die katholische Kirche, in der Denunziantentum und Faulheit in üppiger Blüte stehen, ist nicht fähig, revolutionär tätig zu sein, sie ist ein Hemmschuh, ja mehr noch, sie steht jenseits der Barrikade."

Diese Worte gebrauchte Wehner als er Anarchist war. Doch bald sollte ihm Gelegenheit geboten werden, zu zeigen, ob er zu seinen Worten steht. Einige Tage mußte er ins Gefängnis wandern, und hier sank er zusammen wie ein Sack.

Später jedoch sehen wir ihn als Landtagsabgeordneten. Er wirkt leidenschaftlich für die KP, solange er Abgeordneter ist. Nur die KP kann nach der jetzigen Meinung des Wehner die Führerin des Proletariats sein. Nur Stalin hat Recht, und nur in Rußland ist Sozialismus, und die in russischen Zuchthäusern sitzen, sind Saboteure der russischen Revolution. In der Führung der sächsischen KP gab es Führerstreit: Renner gegen Wehner. Bei diesem Kampf bekam Wehner den Zylinder, büßte seinen Landtagsposten ein und liegt nach Aussagen des Renner in Berlin unter der hydraulischen Presse, um gerade gebogen zu werden.

Diesen Bericht schreibe ich keinesfalls aus Haß gegen Wehner, er soll nur dazu dienen, den Arbeitern die Augen zu öffnen, damit sie sich absondern vom Berufsführertum und sich die Wege, die zu ihrer Freiheit führen, selbst suchen.

Warum werden wohl Wehner und so viele andere den Weg zur KP gefunden haben? Die Arbeiter würden gut tun, solchen Leuten das Handwerk zu legen.

Willy Arlt.

(aus: Der Syndikalist, XIII.Jg. ,Nr.34, Berlin,22.August 1931, Seite 7)

PROWO
PROJEKT WOCHENZEITUNG
Zeitung für die Westberliner Linke

Bürozeiten: Mo, Do 18-20.00 Uhr
Eisenbahnstr. 4
1000 Berlin 36
Tel.: 694 15 16

Westberlin, 17.1.1990

Liebe AbonnentInnen, LeserInnen und InteressentInnen der ProWo

Wie schon in der letzten **ProWo** vom 7.12.1989, S. 3 und 16 erwähnt, geht es jetzt um die Durchführung der beiden angekündigten Treffen. Am ***24.1.1990 um 19.00 Uhr*** findet in unseren neuen Räumen in der ***Eisenbahnstr. 4*** (Hinterhaus, 3.Stock) in Kreuzberg 36 das erste Treffen mit unseren AbonnentInnen sowie sonstigen Interessierten statt. Eine Woche später am gleichen Tag, gleicher Ort und gleiche Zeit laden wir die politischen Gruppen dieser Stadt ein, die **ProWo** bis jetzt mitgetragen oder unterstützt haben.

Eine erneute Diskussion unserer Konzeption für das **Projekt Wochenzeitung** steht an, sowohl in personeller, finanzieller als auch zeitlicher Dimension. Unsere Diskussionen, die wir jetzt nach außen tragen wollen, drehen sich dabei um mehrere Probleme. Zum einen nehmen wir ein konsequenzenreiches Sterben im Blätterwald wahr: die Deutsche Volkszeitung, bis Ende letzten Jahres die einzige linke Wochenzeitung in der BRD, hat wegen ihrer einseitigen Anzeigenstruktur (die Aufträge kamen alle aus dem "Osten") aufgeben müssen; die Tageszeitung "Unsere Zeit" der DKP versucht momentan wenigstens als Wochenzeitung zu überleben; nach 35 Jahren wurde die SEW-Zeitung "Die Wahrheit" von der "Neuen Zeitung West Berlin" abgelöst - für fünf Tage, bis diese ihr Erscheinen wegen Geldmangels einstellen mußte. Momentan gibt es nur die "nzette", die als interner Rundbrief verschickt wird. Wie mensch auch immer zur kommunistischen Parteipresse steht, die klammheimliche Freude über das Ableben der Dogmenblätter ist gerade in einer Zeit, wo diese sich der Diskussion öffneten und einen linken Pluralismus zu akzeptieren begannen, unangebracht. Kurz, ein bestimmtes politisches Spektrum ist medienmäßig von der Bühne verschwunden, eine linke Zeitung, welche sich den aktuellen Themen stellte, die in der Öffentlichkeit unter den Tisch fielen (Bsp. Betrieb und Gewerkschaft), in Westberlin somit nicht mehr in der Stadt präsent. Und wir kriegen es nicht, wie ursprünglich geplant, auf die Reihe, mit einer unabhängigen Finanzierung unser Projekt nach den Nullnummern zu starten.

Zum anderen sind wir über die Lethargie in der Stadt doch ein bißchen überrascht. Mit dem 9. November 1989, begannen bahnbrechende Enwicklungen weltweiten Ausmaßes, die noch ungeahnte Konsequenzen in politischer Hinsicht andeuten, und die Linke in dieser Stadt ist völlig handlungsunfähig. Vergleichbar dem Starren des Kaninchens auf die Schlange werden die sozialen Umbrüche hingenommen, ein Bedarf nach gemeinsamer Diskussion mit praktisch-realistischer Orientierung scheint im Moment nicht gegeben zu sein. Vielleicht haben wir die Situation ein "bißchen" zu optimistisch eingeschätzt, als in der Anti-IWF-Woche im September 1988 das Gemeinschaftsprojekt "Zahltag" (Vorläufer der **ProWo**) reissenden Absatz fand. Die Zeitung als ein Bündnisprojekt politischer Gruppen, die kontrovers in der Sache Ansätze für die Entwicklung emanzipativer politischer Praxis zusammen austrägt. **ProWo** hat sich deshalb neben der Nullnummern-Produktion z.B. für die Organisierung und Vernetzung der Diskussion der "Radikalen Linken" in Westberlin eingesetzt, ein Unterfangen, daß bis jetzt lediglich dürftige Resultate hervorbrachte: Haben die politischen Gruppen außer ihren internen Querelen nichts mehr zu diskutieren?

Von den politischen Gruppen eher mißtrauisch beäugt, von vielen Lesern und anderen Individuen andererseits aufgefordert, die Zeitung am Leben zu erhalten, fragen wir uns nun, wie ein erfolgreicher Neustart der **ProWo** aussehen könnte, der mehr wäre als eine Interimslösung. Eins ist erstmal für uns klar: eine Wochenzeitung können wir auf absehbare Zeit zu den gegenwärtigen Bedingungen nicht machen. Wir orientieren uns deshalb an folgenden Überlegungen, die wir mit Euch auf den beiden Treffen diskutieren wollen. Ab dem 27. April 1990 (nur mal nebenbei: der Todestag von Antonio Gramsci, dem Theoretiker hegemonialer Politik der Linken) beginnt der Start einer vierzehntägigen Zeitung mit sechzehn Seiten zu 2,50 DM. Zu diesem Zeitpunkt wird es zu einer Verdichtung politisch spannender Ereignisse kommen: Der 1. Mai steht vor der Tür, am 6. Mai die Wahlen in der DDR, am 8. Mai 45 Jahre Zusammenbruch des Faschismus, was die REPS aktiv für eine "Deutschlandkonferenz" nutzen wollen, außerdem die Kämpfe um die 35-Stunden-Woche, usw. Vor der regelmäßigen Erscheinungsweise wäre noch eine "Zwischenausgabe" mit neuem Layout, Schrifttyp und Seitenaufteilung zur Kostprobe drin (Vielleicht der 8. März?).

Einige Stichpunkte für die Diskussion der beiden Treffen:

- Wie können wir auf neuer finanzieller Grundlage mindestens 400 JahresabonnentInnen werben? Eine Verlängerung Eurer teilweise schon ausgelaufenen Probeabos würde für den Anfang schon reichen!
- Wie können wir einen permanenten Absatz von ca. 4.000 Stück hinbekommen?
- Wie können InteressentInnen bei ProWo noch für den Endspurt bis Ende April einsteigen?
- Wie geht die Redaktion mit dem Geschlechterverhältnis in der praktischen Arbeit um?
- Wie könntet Ihr mit geringem persönlichen Aufwand über den blossen Kauf der Zeitung hinaus die ProWo unterstützen?
- Was waren Eurer Meinung nach die Schwächen der letzten Nummern?
- Und das Wichtigste: welches politische Profil soll die ProWo anstreben?

Wer über den Dingen steht,
Wer gern zwischen den Stühlen sitzt,
Wer gegen den Strom schwimmt,
dabei aber nicht die Orientierung
verliert,
der raucht nicht GAULOISES,
sondern diskutiert mit uns!

die Männer der ProWo



Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof · Gneisenaustraße 2 · 1 Berlin 61

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1 Berlin 61
030-691 30 72
Mo-Fr 10-16 Uhr

P R E S S E M I T T E I L U N G
****

Sehr geehrte Damen und Herren,

Berlin, den

wir möchten Sie gerne noch einmal umfassend über unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr 1989 informieren. Die "historischen Ereignisse" um den 9. November sind natürlich auch an Netzwerk Selbsthilfe nicht spurlos vorbeigegangen. So haben wir u.a. eine Ost-West Kontaktstelle eingerichtet, über deren Arbeit wir Sie zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlich informieren werden.

Andererseits haben diese Ereignisse uns nicht den Blick verstellt für die vielen anderen Probleme in unserer Stadt. Netzwerk Selbsthilfe hat im vergangenen Jahr insgesamt 60 politische Initiativen und alternative Projekte, die in solchen Problemfeldern arbeiten, mit rd. 350.000 DM unterstützt. Beispielhaft zu nennen sind

* **HAMAM - ein türkisches Bad nur für Frauen**
  Dieser Ort der Entspannung und Begegnung für türkische und deutsche Frauen im Frauenstadtteilzentrum "Schokofabrik" konnte erst durch eine Netzwerk Bürgschaft über 10 000 DM den Betrieb aufnehmen

* **Die "TOTEN HOSEN" in den Knast**
  knapp 20 000 DM gingen an "Knast-Gruppen" und Straffälligen-Selbsthilfegruppen. U.a. wurde ein Konzert der Rockgruppe "Die Toten Hosen" in Tegel und Plötzensee unterstützt

* **Unsere Stadt muß offen bleiben, auch für nicht Deutsche**
  so das Motto einer Plakataktion, die Netzwerk zusammen mit Amnesty International, der Liga für Menschenrechte und anderen startete. Denn in der jetzigen Situation deutsch-deutscher Wiedersehensfreude geraten Flüchtlinge aus anderen Ländern wieder extrem in Bedrängnis.

* **Selbstverwaltete Betriebe**
  wurden von Netzwerk nicht nur beraten, sondern mit Darlehen und Bürgschaften über fast 90.000 DM auch finanziell unterstützt

* **Ein Stadtführer für Behinderte**
  wäre beinahe an der Unflexibilität der Senatsbürokratie gescheitert, hätte Netzwerk nicht eine kurzfristige Zwischenfinanzierung in Höhe von 18.000 DM zur Verfügung gestellt

* **Gegen Rechtsradikale Bewegungen** (nicht nur an Berliner Schulen)
  haben sich mittlerweile eine Vielzahl von Jugend- und Schülergruppen organisiert. Die Arbeit dieser Initiativen hat Netzwerk mit mehr als 20.000DM unterstützt

Mit freundlichen Grüßen

Postgiroamt Berlin West
Konto 424 262-104
Sparkasse Berlin West
Konto 022 000 5710
BLZ 100 500 00

NETZWERK-FÖRDERUNG 1989 AUF EINEN BLICK



Projekt		Betrag
1.Antimilitaristische Stadtrundfahrt (Broschüre)	Z	7.500,-DM
2.Immigrantenpolitisches Forum (Büroeinrichtung)	Z	2.000,-DM
3.Schokofabrik Hamam (türk.Bad)	Z+B	15.000,-DM
4.Milliardenfieber (Zeitung zur Weltbanktagung)	Z	2.316,06 DM
5.Prozess gegen Ingrid Strobl (Informationszeitung)	Z	2.500,-DM
6.Frauennetzwerk Goldrausch (Reader f.fem.Ökonomieforum)	D	6.021,48 DM
7.Orlanda-Buchverlag (Öffentlichkeitsarbeit)	D	20.000,-DM
8.Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz (Flugblätter)	Z	500,-DM
9.Grunewalddemo zur Wohnungswirtschaft	Z	1.530,-DM
10.Frau als Ware (Ausstellung z.Sextourismus+Frauenhandel)	Z	6.720,-DM
11.Projekt Wochenzeitung (Nullnummer)	Z	1.500,-DM
12.Umsonst für Drinnen und Draußen (Knastkonzerte)	Z	2.449,-DM
13.Konzerttournee zugunsten Waffen für El Salvador	D	8.090,-DM
14.Ökotopia (Vorfinanzierung f.Kaffe-Direktimport)	B	65.000,-DM
15.Anarchistische Koordination (Veranstaltungsreihe)	D	2.120,-DM
16.1.Mai Demo (Zeitung+Plakat)	Z	6.112,50 DM
17.Rock gegen Rechts f.Antifaschistische Initiativgruppen	Z	1.200,-DM
18.Energiepolitischer Ratschlag (Kampagne gegen Stromverbund)	Z	4.680,-DM
19.Wax 17 e.V. Verein f.arbeitsl.Jugendliche (Vorfinanz.Fest)	D	2.300,-DM
20.Volksuni 89	D	19.000,-DM
21.Flüchtlingscafé im BAZ (Anlauffinanzierung)	Z	3.200,-DM
22.Antifa Kiezpalaver im Wedding (Finanzierungslücke Konzert)	D	500,-DM
23.Hungerstreik für Zusammenlegung (Demo,Büro,Anzeige)	Z	4.000,-DM
24.Projekt Wochenzeitung Ausgabe zum 1.Mai	Z	1.000,-DM
25.Frauenplenum (Demo und Fest zum 8.März)	Z	2.000,-DM
26.Schering-Aktions-Netzwerk (info-Dienst)	Z	2.400,-DM
27.Amazonientage (Kampagnenunterstützung)	Z+D	7.900,-DM
28.Antiapartheitskoordination (Demo zur Daimler Benz Vers.)	Z	3.500,-DM
29.Sozialhilfeberatung (türk.Info-Broschüre)	Z	4.000,-DM
30.Autofocus u.Schwarzbild Videoverleih u. Archiv (Ausstatt.)	Z	20.000,-DM
31.Anarchistisches Stadtteilkomitee (Mieterzeitung)	Z	400,-DM
32.Bündnis gegen Rassismus,Faschismus und Sexismus (Flugblatt)	Z	347,-DM
33.Ambulante Dienste (Stadtführer f.Behinderte)	D	18.805,-DM
34.Raupe u.Schmetterling (Frauenproj.) Programmheft	D	1.720,-DM

35.Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft (Umbau)	Z.	3.500,- DM
36.Ikö Verein f.Medienarbeit (Aktion u.Diskus.z Funkausst.)	D	1.650,- DM
37.Büro f. ungewöhnliche Maßnahmen (Jubelparade)	Z	2.000,- DM
38.Lylla Dankbar Naturkostladen (Beratungskosten)	Z	1.500,- DM
39.Ganzheitliche Krebstherapie (Fachtagung)	D	2.000,- DM
40.Antifaschistische Infoblatt (Anlaufkosten u.PC)	Z	7.900,- DM
41.Antifaschistisches Festival	B	7.000,- DM
42.Bündnis gegen Faschismus,Rassismus und Sexismus (Zeitung)	Z	1.500,- DM
43.Berliner Kulturrat (Broschüre)	Z	3.500,- DM
44.5.Lesbenwoche (Vorfinanzierung)	D	6.000,- DM
45.Projekt Wochenzeitung (Anschubfinanzierung)	D	15.000,- DM
46.Feministisches Frauen Gesundheitszentrum (Videogerät)	Z	2.707,- DM
47.Arabische Elternunion (Schulbücher)	Z	3.825,- DM
48.Rote Säge Knastgruppe (Kopierer,Büromat.,PC)	Z	3.000,- DM
49.Rote Hilfe AG Nordirland (Veranstaltungsreihe)	Z	700,- DM
50.Jail-House-Rock (Konzerte in Tegel u. Plötzensee)	Z	6.600,- DM
51.Polskie Radio (Casettenrecorder und Micros)	D	1.130,- DM
52.Roma u.Sinti in Hamburg (Öffentlichkeitsarbeit)	Z	1.000,- DM
53.türk.Jugendgruppe Antifa çiş genç (T.Shirts)	D	3.100,- DM
54.Hilfe f.Gefangene e.V. Renovierungszuschuß	Z	2.000,- DM
55.Mieterrat Waldemarstr.e.V. (Öffentlichkeitsarbeit)	Z	2.935,28DM
56.TIO Treff und Information f.türk.Frauen (Buch)	B	2.700,- DM
58.Brasilien Initiative Berlin (Anlaufkosten Büro)	Z	3.900,- DM
59.Arbeitskreis Wohnungsnot (Plakataktion)	Z	6.380,- DM
60.Regenbogenkino (Projektor)	D	7.000,- DM

Autonome Sanität
linksaußen

die TAGESZEITUNG
Berlins größte überregionale
Kochstraße
1000 Berlin 61

btr. Artikel "Die masochistische Opferhaltung der Kreuzberger Szene"
vom Montag, den 15.01.1990

Sehr geehrte Frau Fehrle,

betreffs Ihres Artikels vom 15.1 .1990 bedauern wir aufrichtig, daß wir Sie in der Silvesternacht nicht verbinden mußten, ansonsten hätten Sie sich von der Unrichtigkeit Ihrer Darstellung bzgl. der fallengelassenen Mullbinden selbst überzeugen können.

Stets zu Diensten, mit der Ihnen gebührenden Hochachtung

Autonome Sanität



HEILEHAUS
gemeinnütziger Verein
Waldemarstr. 36
1000 Berlin 36
☎ 65 47 47

19. Januar 1990

Wir bitten euch, dieses in der nächsten Interim-Ausgabe zu veröffentlichen:

Gegendarstellung zur taz vom 15. Januar 1990:
"Die masochistische Opferhaltung der Kreuzberger Szene"

In diesem Artikel wird behauptet, das Heilehaus hätte sich in der Silvesternacht geweigert, Leute "zu verbinden", die bei den Auseinandersetzungen in SO 36 verletzt worden sind. Dies ist nicht wahr.

Das Heilehaus ist ein selbstverwaltetes Projekt im Rahmen präventiver Gesundheitsversorgung, das für alle Menschen offensteht. Selbstverständlich wird im Bereich unserer Möglichkeiten, wenn nötig jede/r, die/der zu uns kommt, Erste-Hilfe-mäßig versorgt.. Dies war auch in besagter Silvesternacht nicht anders.

Wir wehren uns dagegen, für eine derartige Diffamierungskampagne von taz-RedakteurInnen herhalten zu müssen, die sich mal wieder über die Szene auskotzen mußten.
Von denen lassen wir uns schon lange nicht spalten!

die Heilehäusler

SZENE VON HEUTE

Das herausragende gesellschaftliche Ereignis der letzten Woche war sicher die Neueröffnung des EX. Das seit nunmehr bald 10 Jahren - damals noch als Spekki - bestehende Lokal erlebte unter seiner wechselnden Belegschaft so manche Renovierung. Die diesjährige läßt sich jedoch zweifellos als die gelungenste bezeichnen. Im Zuge postfordistischer Umstrukturierungsmaßnahmen wurde die ganze Kneipe gründlich saniert.
Mehrmals mußte die Eröffnung verschoben werden, Lieferschwierigkeiten und ungeahnter Arbeitsaufwand machten es unmöglich, den Termin einzuhalten, obwohl die gestresste Belegschaft ihr äußerstes gab. Am letzten Freitag war es dann so weit, daß seit Wochen in Spannung gehaltene Stammpublikum konnte "seine" Kneipe besichtigen. Allgemeinen Beifall fanden die weißgestrichenen und mit Halogenlampen ausgeleuchteten Räume. Sie lassen das EX heller und größer erscheinen. Es ist fast wie im Märchen vom häßlichen Entlein, eine Bahnhofshalle verwandelt sich in einen Galeriesaal. Warum allerdings das einheitliche Weiß an den Säulen zugunsten gelbgrüner Farbklekse durchbrochen wurde, blieb unverständlich. Erschrak das Kollektiv am Ende vor seiner eigenen Courage bei der Neugestaltung? Befürchtungen oder Hoffnungen? mit einem zeitgemäßen Styling zögen auch die Preise der 90er ein, bewahrheiteten sich nicht. Das alte vertraut-schmuddelige Preisschild hängt nach wie vor überm Tresen. Auch dieser ist jedoch noch nicht fertig renoviert, so daß vielleicht...
Das gerührte Stammpublikum des Ex konnte es sich nicht versagen, zur Neueröffnung nach so vielen Mühen einige Blumensträuße zu überreichen. Neben altgedienten Links-Rechtsanwälten warfen so manche ehemalige Betreiber des Lokals ihre kundigenBlicke ins lichte Rund. Nicht nur das Ex, auch seine Besucher ließen den Trend zum postmodernen Styling erkennen. Vereinzelt wurden Herren in Hemd und Jackett gesichtet, auch geschminkte Damen setzten farbliche Akzente. Das EX wird sicher auch in seiner neuen Aufmachung das In-Lokal für alle die bleiben, die so gar keinen Wert aufs In-Sein legen.
Wir wünschen alles Gute für die Neunziger!

Swann

FRAUEN-VV

Im letzten Jahr fanden wieder massiv Übergriffe auf Frauen statt. Anmache, Bedrohungen, Vergewaltigungen gehören zum Frauenalltag.

Wenn wir für uns etwas verändern wollen, kann es keine individuelle Lösung, wie sich z.B. immer schwerer zu bewaffnen, sondern wir müssen gemeinsam AKTIV und OFFENSIV gegen Männergewalt und Sexismus auf der Straße und überall kämpfen!

Wichtige und notwendige Ansätze waren/sind für uns dabei: 1. U-Bahn-Wagen = Frauenwagen, Patrouillen etc. und wir haben Lust mit Euch daran weiter zu überlegen.

FRAUEN! Macht Euch Gedanken, was wir zusammen machen können, denn
NUR ZUSAMMEN SIND WIR STARK!
Kommt massenhaft!

am 31.1. um 20°° im Mehringhof
(Gneisenaustr. 2a / Großer Saal)

Donnerstag, 25. 1.

??.?? Prozeß zur 1. U-Bahn Aktiion. Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand stehen auf der Anklageliste. Im Amtsgericht Moabit, Turmstr. 91 Raum 456. **Frauen kommt massenhaft.**(Wenn wir die Zettel schon aufessen müssen, dann nehmt doch bitte als Untergrund Schokolade. Für kleinere Mitteilungen reicht ja eine Toblerone für längere Ankündigungen vielleicht eine Marabou oder Milka 400g Tafel. Nur dann können wir die sofortige Vernichtung garantieren.)

17.00 "Shell raus aus Südafrika", Video von der Shellblockade am 19/20/21. April in Amsterdam. Danach Infos über die "Deutsche Shell AG", die Geschichte der radikalen Anti-Shell Kampagne und die bisherigen Aktivitäten in der BRD, NL, Dänemark, Norwegen und in Schweden. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43.

18.00 "Tiempo de Victoria" oder **"Zentralamerika, ein brodelnder Vulkan"** und anschließende Diskussion im Rahmen der El Salvador-Aktionswoche. Im Theo-Berger-Café, am Institut für Philosophie der FU, Habelschwerdter Allee 30.

19.00 "Auslieferung von Totalverweigeren an die BRD", Veranstaltung im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 "Alle Macht den Räten", BRD 1969, 70 min. Im El Locco.

21.00 "Auch Zwerge haben klein angefangen" Film von Werner Herzog, 1970. Im El Locco.

21.00 "Kirche unter Feuer", Aktuelles Video während der Offensive der FMLN im November' 89 und der Verfolgung der Kirche in El Salvador. Im Syndikat, Weisestr. 56.

21.00 + 23.00 "Tiempo de Victoria", Jahre bewaffneter Kampf der FMLN - Aufstandsbekämpfung der USA - Erstarken der Massenorganisationen. Video von 1988. im KOB, Potsdamerstr. 159

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Freitag, 26. 1.

18:00 SHELL BLOCKADE NACHBEREITUNG im LAZ, Crellestr. 22, Schöneberg, U-Bhf Kleistpark

19.00 "Soweto to Berkeley", (englisch). Der Dokumentarvideo wurde von einer Gruppe von Weißen gemacht. In dem Film geht es um die Dokumentation, daß die Uni von Berkeley die Beziehungen zu Südafrika abbechen soll. Am Anfang standen die Schwarzen dieser weißen Initiative skeptisch gegenüber, haben sich dann auch hinter die Initiative gestellt und versucht die Universität zum Abbruch der Beziehungen zu zwingen. Im El Locco.

??.?? "Tiempo de Victoria" im Cafe Cralle, Hochstädter Str. 10a.

20.00 Vorbereitungstreffen für die 8. März Frauendemo. Keine VV, sondern Treffen für Frauen, die sich konkret was zum 8. März vorstellen können. Einladungspapier zum Treffen und Selbstdarstellung des einladenden Internationalistischen Frauenplenums liegt für alle, die's noch nicht haben im Fach des Frauenarchivs im Papiertiger, Cuvrystr. 25. Im Blauen Salon, Gneisenaustr. 2a.

21.00 "Ringelblumen im August". Der Film erzählt die Geschichte zweier Schwarzer, die im Elendsviertel leben und von der Mildtätigkeit der weißen Südafrikaner existentiell abhängig sind. Im El Locco.

23.00 "Mabangalala - Nachts kommt der Tod". Ein Videofilm über die rechtsradikalen Parteien und Faschistengruppen in Südafrika. Im El Locco.

jeden Freitag

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 27. 1

17.00 "Senzeni na? - Was haben wir getan?" Tonbild, das Menschen vorstellt, die unter dem System der Arpartheid leiden. Eine alte Frau aus Swaziland, eine Familie aus einem "Homeland", ein schwarzer Pfarrer aus einem Townschip und ein führendes Mitglied der "United Democratic Front". sie erzählen von ihren Ängsten und Hoffnungen, ihrem Zorn und ihrem Widerstand. Im El Locco

19.00 Veranstaltung zur EL SALVADOR-Aktionswoche mit Film **"Mütter, Dollars und ein Krieg"**, Diskussion mit einem Vertreter der FMLN in der Yorckstr. 59, hh. 2. OG. Ab 22.00 Fete.

19.00 "Mabangalala - Nachts kommt der Tod". Ein Videofilm über die rechtsradikalen Parteien und Faschistengruppen in Südafrika. Im El Locco.

21.00 Master Herold und die Boys, Bühnenstück. Aus anerzogenem Rassendünkel und aus Frustration über den Alkoholismus seines Vaters demütigt der 17jährige Weiße Hally seinen schwarzen Diener und väterlichen Freund Sam. Er handelt sich damit eine Lehre ein, die sein Weltbild entscheidend verändern wird. Im El Locco.

21.00 Solikonzert für den chilenischen Widerstand. Mit SKAmpis (Berlin/Ska), Soul Liberators (Berlin/Reagge) und Anastasis (Duisburg/Punk).Außerdem gibt's Videos. Eintritt frei. Im Drugstore, Potsdamerstr. 180.

22.00 Kiezdisco für ein schwules Kneipenkollektiv in der Muskauerstr.. In der SfE, Gneisenaustr. 2a

23.00 "Ringelblumen im August". Siehe 26. 1. im El Locco.

jeden Samstag

Frauentag im Infoladen **Lunte**, Weisestr. 53.

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 28. 1.

17.00 "Soweto to Berkeley. Siehe Fr. 26.1. im El Locco.

18.00 Kiezküche im Wedding. Diesmal: Infos und Diskussion zu Shell und der Anti-Shell-Kampagne. Bei den Zorrows Grünthaler Straße 38.

19.00 "Südafrikanische Gesichter" Kurzfilme junger Filmemacher(Innen?) berichten aus ihrem eigenen Leben in Südafrika. Im El Locco.

21.00 "Käte Kollwitz", Video, BRD, 1983, 45 min.. Im El Locco.

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche diesmal mit Diashow und Infos zum Werrablock. Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Diesmal: evtl. mit Film: "Mujeres de la Frontera" über Frauen in Nicaragua. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

20.00 Film im EX, Gneisenaustr. 2a

Montag, 29. 1.

Jahrestag der berliner Abgeordnetenhauswahl 1989 mit Wahlerfolg der REP's

jeden Montag

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome Alkoholikerinnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 30. 1.

19.00 "Die lange Hoffnung". Clara Thalmann und Augustin Souchy erzählen auf einer Reise durch Katalonien wo und wie sie beide zwischen 1936 und 19[illegible] aktiv an den Kämpfen gegen Franco und an der Kollektivierung der anarchistischen CNT teilgenommen haben. Im EL Locco.

21.00 "Samba, Samba". Ein Film über die politische Bewgung '82 und '83 in Berlin. Ein Film über die Friedensbewegung, reizende Chaoten und andere KämpferInnen. Im El Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 2[illegible]

20.00-22-00 Ermittlungsauschuß (EA), Tel.: 692 22 2[illegible] im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 31. 1.

19.00 "Ingo's Interview oder die Eitelkeit des Fernsehens". Die Vorgeschichte dieses very-low-Budget-Films beginnt mit einer Begegnung in Costa Rica, wo du für das Fernsehen in der BRD einen Dokumentarfilm über die Tagelöhnerfamilie Mendez vorbereitest. Weil Ronald Reagan auch gerade da ist, machst du ganz nebenbei einen Kurzbericht über seinen Besuch in Zentralamerika. Und an Der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua wird geschossen. Ingo, Journalist in Costa Rica stellt die Fragen, die unangenehmer sind als deine eigenen Fragen. Das Interview erweitert sich zu einem Gespräch. Im El Locco.

20:00 FRAUEN-VV: AKTIV und OFFENSIV gegen Männergewalt im Mehringhof (Gneisenaust. 2a/ Großer Saal

20.00 "Wie gehen die politischen Kräfte in der DDR mit ihrer aktuellen politischen Situation um?" Veranstaltung des Bildungswerkes für Demokratie und Umweltschutz mit ReferentInnen aus der DDR in der Zeughofstr. 20.

20.00 "Der gewöhnliche Faschismus" In 16 Kapiteln werden historische Filmmaterialien aus Archiven des "3. Reiches und von Sowjet- und anderen Kameramenschen zusammengestellt und mit einem charakterisiernden, stellenweise ironischen Kommentar versehen. Im A-Laden Moabit, Rathenower Str. 22

21.00 "Die letzte Metro". Während der deutschen Besatzung von Paris wird im Theater "Montmatre" ein neues Stück geprobt. Da der Leiter - Deutscher und Jude - sich im Keller versteckt halten muß, versucht "seine?" Frau die Gefahren der politischen Lage und menschlicher Komplikationen zu meistern und das Theater weiterzuführen. Im El Locco.

22.00 "Projekt Artur", Video der Medienwerkstatt Freiburg. Im Arkanoa, Zossenerstr. 48.

jeden Mittwoch

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube,Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Freitag, 2. 2.

19.00 Solikonzert für Südafika mit Vogelsang, The Ex,Dirty District und Chumbawamba in der Alten TU Mensa, Hardenbergstr.. Eintritt 10,-.



Wohltätigkeitsball

zugunsten eines homosexuellen Etablissements*

Samstag, 27. Januar 1990, 22 Uhr,
in der SfE im Mehringhof,
Gneisenaustr. 2a

* Kiezdisco für ein schwules Kneipenkollektiv in der Muskauerstraße